

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der eingeschriebenen Hilfskassen der Metallarbeiter Nr. 29 und 89 zu Hamburg und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 M., in Partien direkt durch die Expedition 60 M. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 20. Februar 1892.

Inserate die viergespaltene Zeile oder deren Raum 20 M. Redaktion und Expedition: Zähringerstr. 12.

Die Fortbildung des Arbeitsverhältnisses.

Trotzdem, wie bekannt, der Arbeitsvertrag in der Praxis eine Fiktion ist, bildet er dennoch in den Kreisen der kapitalistischen Sozialpolitiker eine ständige Phrase; eigentlich dort nicht allein, sondern auch in der Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltungspraxis. Man setzt den Abschluß eines Arbeitsvertrages zwischen zwei Parteien, dem Arbeiter und dem Unternehmer, als thatsächlich voraus, während ein solcher Vertragsabschluß in Wirklichkeit gar nicht oder doch nur in wenigen Fällen stattfindet. Der Arbeiter steht nach Lage der Dinge zum Geschäftsinhaber in keinem Vertragsverhältnis, sondern in einem Unterthanenverhältnis, d. h. der Geschäftsinhaber spielt den Herrn und Gebieter und der Arbeiter den Unterthan. Erst dann, wenn der Arbeiter gegen die ihm gar nicht bekannten vom Unternehmer einseitig und willkürlich festgestellten „Vertragsbedingungen“ verstößt, erfährt er zu seiner Ueberraschung, daß er den „Arbeitsvertrag“ verletzt und sich damit einer Gesetzesübertretung schuldig gemacht haben soll, während er in That und Wahrheit einen solchen Vertrag mit Niemandem abgeschlossen und ihm daher auch irgendwelche Vertragsbedingungen nicht bekannt sein konnten. Es findet in dieser Richtung bezüglich des Arbeiters das Gegenstück vom sog. „Dienstboten“ statt. Während dieser seiner ganzen sozialen Stellung nach sich thatsächlich in einem Unterthanenverhältnis zur „Herrschaft“ befindet, beruht das Verhältnis an sich doch auf einem faktisch abgeschlossenen Dienstvertrage. Der Dienstbote vereinbart im Gegensatz zum „freien“ Arbeiter vor dem Dienstantritt die Art der Arbeitsleistung, den Lohn und die gegenseitige Kündigungsfrist.

In einer in Braun's „Archiv für soziale Gesetzgebung u.“ veröffentlichten Studie untersucht Prof. Hertner, wie der Arbeitsvertrag, resp. wie er es zutreffender nennt, das Arbeitsverhältnis, fortgebildet werden könne. Er findet diese Bestrebungen nach zwei Richtungen laufend, wovon die eine an eine Fortbildung des Arbeitsverhältnisses von „unten“, d. h. von Seite der Arbeiter selbst, die andere an eine solche von „oben“, d. h. durch den Staat oder Unternehmer denkt. Die erstere haben die beruflichen Organisationen — Fachvereine und Gewerkschaften — im Auge, mittelst deren sich die Arbeiter einen bestimmenden Einfluß auf die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses erwerben können, während die andere Richtung den Gedanken der freien Berufsorganisation vertritt und eine Fortbildung des Arbeitsverhältnisses durch den Staat oder durch die Wohlfahrtsvereine sozialpolitisch erleuchteter Arbeitgeber empfindet.

Als einen vollkommenen Erfolg in der Fortbildung des Arbeitsverhältnisses von „unten“ sieht Prof. Hertner die Feststellung der Arbeitsbedingungen durch die

Vertreter der Arbeiter- und Unternehmer-Verbände in England an; für beide Teile hat diese Entwicklung große Vorteile gehabt. Die Arbeiter einerseits verbaten ihr eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage, eine würdigere Gestaltung des Arbeitsverhältnisses und eine erstaunliche sittliche und geistige Hebung. Andererseits erfreuen sich die Unternehmer besserer Beziehungen zu ihren Arbeitern, sie finden bei denselben ein durch die gemeinsamen Verhandlungen herangereiftes Verständnis für die Lage ihres Gewerbes und die Grenzen ihrer Zahlungsfähigkeit.

Das hier beihätigte Prinzip, das Arbeitsverhältnis nur durch volle Organisations- und Koalitionsfreiheit fortzubilden, findet Prof. Hertner in zweifacher Beziehung als unzulänglich. Einmal erweist sich dasselbe als unzureichend, um der Masse der ungelerten und weiblichen Arbeitskräfte eine namhafte Verbesserung ihrer Lage zu verschaffen. Sodann kann es aber auch aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt auf gewisse Arbeitergruppen keine Anwendung finden, die sonst mit Hilfe dieses Prinzips teilweise gewiß im Stande wären, ihr Arbeitsverhältnis zeitgemäß zu entwickeln.

In ersterer Beziehung wird darauf hingewiesen, daß von der Gesamtzahl der Arbeiter nur ein kleiner Teil organisiert sei, so in England von ca. 7 Millionen Arbeitern etwa 1 1/2 Millionen, welche zumeist gelernte (qualifizierte) Arbeiter und im Großbetrieb beschäftigt sind. Der Großbetrieb, der Massen von Arbeitern vereinigt und einem Arbeitgeber gegenüberstellt, begünstigt die Entwicklung des Klassenbewußtseins und Solidaritätsgefühls. Zu diesen moralischen Voraussetzungen der Organisation gesellt sich die technische der leichten Ausführbarkeit. Zwischen Arbeitern, die tagtäglich in naher persönlicher Berührung innerhalb eines Unternehmens beschäftigt sind, läßt sich ein gemeinsames Vorgehen schon von vornherein unendlich viel leichter verabreden, als zwischen den ohne engere Beziehungen lebenden Arbeitern der Kleingewerbe oder gar den über ein weites räumliches Gebiet zerstreut wohnenden Kleinmeistern der Hausindustrie. Innerhalb der Großindustrie bietet aber auch die Organisation der minder zahlreichen Unternehmer verhältnismäßig geringere Schwierigkeiten. Und ihre Organisation ist ja gleichfalls eine unerläßliche Voraussetzung für die friedliche Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten und eine angemessene Fortbildung des Arbeitsverhältnisses.

Sodann kommt das Moment der gelernten Arbeit in Erwägung. Schon aus rein natürlichen Gründen pflegt das Angebot gelernter und hochqualifizierter Arbeit die Nachfrage nicht in dem Umfange zu übersteigen als dasjenige ungelerner Arbeit. Freilich muß die gelernte Arbeit noch von der technisch-ökonomischen Entwicklung gefordert werden; sie muß „gesellschaftlich notwendig“ sein. Die hohe Qualifikation wird dem Arbeiter keinen Rücksicht gewähren, wenn die Arbeiten,

auf die sie sich bezieht, bereits durch Maschinen mit ungelerten Arbeitern ebensogut ausgeführt werden können.

Soweit aber die genannte Voraussetzung zutrifft, bleibt der gelernte Arbeiter selbst bei fehlender Organisation meist vor jener Verelendung und Erniedrigung des ungelerten Arbeiters bewahrt, aus welcher ein Aufschwung aus eigener Kraft nicht mehr möglich ist. Im Wege der Organisation, meint der Autor, läßt sich die Gunst der Lage noch durch Einflussnahme auf Regelung der Lehrlingsverhältnisse und damit auf den Zugang zu ihrem Gewerbe erhöhen.

Gestaltet sich durch den beständigen Rückgang des Kleingewerbes und der Hausindustrie und andererseits durch die Fortschritte der Großindustrie das eine Moment, das im Zusammenarbeiten der Massen leicht geweckte und geförderte Solidaritätsgefühl, in der Zukunft günstiger, so nimmt dagegen die Bedeutung der gelernten Arbeit durch die wirtschaftliche und technische Entwicklung ab. Wer der letzteren Tendenz bezüglich des Einflusses auf die gewerkschaftliche Bewegung den Vorrang einräumt — und Prof. Hertner entscheidet sich dafür —, wird nach ihm der Zukunft nur mit Bangen entgegensehen können.

Es werden auch die der gewerkschaftlichen Bewegung feindlichen Strömungen einer Prüfung unterzogen. Die Faktoren derselben sind grobe Selbstsucht der Besitzenden, Weigerung, den Arbeiter praktisch als gleichberechtigten Kontrahenten beim Arbeitsvertrage anzuerkennen, individualistische Abneigung gegen korporative Gestaltungen, irrige ökonomische Theorien, unumschränkte Herrschaft der kapitalistischen Interessen in Tagespresse und politischem Leben. Keiner dieser Feinde der Gewerkschaften befindet sich im Vorrücken; der größte Theil derselben wankt oder ist bereits in die Flucht geschlagen. Außer der Mißgunst der öffentlichen Meinung lastete aber auch die Vertreibung schwer auf den Gemüthern der Arbeiter, in welche sie der in der Gesellschaft bisher ja einzig dastehende Umschwung aller wirtschaftlichen und technischen Verhältnisse versetzt hatte. Die Uebermacht dieser ihnen zunächst meist feindlich gegenüberstehenden Veränderungen ließ sie verzagen und verzweifeln. Das Vertrauen in ihre eigene Kraft war gebrochen, ihr Selbstbewußtsein dahin. Langsam und allmählig ist diese Erstarrung von den arbeitenden Klassen gewichen. Allwärts beginnt es nun wieder, hoffnungsfroh sich zu regen. Ein Völkerfrühling naht. Die Sonne einer neuen weltgeschichtlichen Epoche umstrahlt bereits die Männer, die auf den Höhen des Arbeiterstandes stehen, im elendesten schwärzesten Stum des Londoner Ostendes beginnt es zu dämmern und selbst die Brust des Dockarbeiters erfüllt das Ahnen einer besseren Zeit.

Als vornehmste Ursache wirtschaftlicher Art, welche bisher ungelernete und oft auch gelernte Arbeiter an der Begründung tüchtiger Fachorganisationen

verhindert hat, darf das in vielen Gewerben stets die Nachfrage weit überholende Angebot von Arbeit gelten, das alle Bestrebungen auf Verbesserung der Arbeitsbedingungen durchkreuzt. Die Beschäftigungslosen in den Reihen der gelernten Arbeiter werden auf 7, die der ungelerten Arbeiter auf 15 Proz. geschätzt. Die Opfer, welche durch die Unterstützung der Arbeitslosen den in Arbeit stehenden Arbeitern auferlegt werden, sind so beträchtliche, daß ihnen in kritischer Zeit selbst die festgefügte Verbände gut bezahlter gelernter Arbeiter zu erliegen drohen. Während die Gesamteinnahme des berühmten Gewerkschaftsvereins der „Vereinigten Maschinenbauer“ 1879 auf 135,267 Pfd. St. sich belief, betrug die den Arbeitslosen gewährte Unterstützung 149,931 Pfd. St.; im Jahre 1886 bei 173,937 Pfd. St. Einnahme 86,460 Pfd. St. Die Eisengießer widmeten bei einer Einnahme von 43,104 Pfd. St. im Jahre 1879 57,510 Pfd. St. den Arbeitslosen, bei 44,877 Pfd. St. im Jahre 1886 32,856 Pfd. St.

Eine, wenn auch nicht gerade sonderlich fühlbare Verminderung des Arbeitsangebots dürfte in dem geschlichen Schuß der weiblichen und kindlichen Arbeitskraft liegen, allein nichtsdestoweniger kann von einem Verschwinden der industriellen Reservearmee für absehbare Zeit, oder präziser ausgedrückt, so lange die kapitalistische Produktion besteht, keine Rede sein.

Unter Beibringung einer Reihe drastischer Beispiele wird darzulegen gesucht, daß nicht in allen Fällen rücksichtlich der öffentlichen Wohlfahrt die ungehinderte Bethätigung der Koalitionsfreiheit gestattet werden könne und zwar wird diese Rücksicht für geboten erachtet, wenn es sich darum handelt, daß die Befriedigung absoluter und unausschießbarer Bedürfnisse für eine größere Zahl von Volksgenossen, die an der Arbeitslosigkeit nicht theilhaftig sind, unumgänglich oder wenigstens unvernünftigerweise erschwert wird. Und das trifft z. B. zu bezüglich der Transportgewerbe, ferner bei Gewerben, die sich mit der Erzeugung oder dem Vertriebe von frisch zu genießenden Nahrungsmitteln befassen (Brotbäckerei, Metzgerei, Milch- und Butterversorgung, Lieferung von Gemüse); endlich bei der Gas-, Wasser- und Kohlenversorgung. Was die Kohlen betrifft, so wäre es ja an und für sich nicht denkbar, sich durch Anlage größerer Kohlenvorräte wenigstens vor den Folgen kleinerer Arbeitsunterbrechungen im Kohlengewerbe zu sichern. Diese Sicherung würde indeß unvernünftigerweise große ökonomische Opfer erfordern.

Gleichwohl soll auch das Arbeitsverhältnis in den Gewerben, in welchen eine Arbeitseinstellung in Rücksicht auf die öffentliche Wohlfahrt hintangehalten werden soll, eine Fortbildung erfahren. Dieselbe wird derart gedacht, daß Vertreter beider Parteien, der Arbeiter und der Unternehmer, zusammentreten und

als ein Schiedsgericht über notwendige Veränderungen im Arbeitsverhältnis entscheiden. Für die schiedsrichterlichen Entscheidungen sollen die Errungenschaften der freien Arbeiter als Richtschnur dienen. Ziehen sich über den Entscheid mißvergnügt gewordene Unternehmer von dem betreffenden Unternehmen zurück, so wäre das nicht schlimm, denn an seine Stelle könnte die Kommune oder der Staat treten. Um aber gegen jede eventuelle Störung seitens der in den „gebundenen“ Gewerben beschäftigten Arbeiter gesichert zu sein, könnte nach Hertner den Arbeitern die Vereinnahmung untersagt, der Kontraktbruch kriminell bestraft und ev. auch vorgeschrieben werden, den Arbeitsvertrag für 3—6 Monate oder auch für 1 Jahr gegenseitig bindend abzuschließen. — Für solches Kathedersozialistische Wohlwollen werden sich die Arbeiter wohl höchlichst bedanken, denn es hat in seinen Folgen nicht viel voraus von der sozialen Stellung eines Buchhändlers!

Obige Vorschläge gehören schon in die Kategorie der Maßnahmen von „oben“ zur Fortbildung des Arbeitsverhältnisses. Hierbei werden die Zwangsgenossenschaften, wie sie in Oesterreich für das Kleingewerbe bestehen und für die Industrie nächstens in's Leben gerufen werden sollen — welche bezüglich Gesetzentwürfe wir kürzlich an dieser Stelle erörterten —, als „bureaufkratisch-sozialistische Ordnung“ mit Recht verworfen und sie höchstens für wenige Ausnahmen als zweckmäßig erklärt.

Auch die sog. „Wohlfahrts-Einrichtungen“ werden daraufhin untersucht, inwiefern sie auf die Fortbildung des Arbeitsverhältnisses von Einfluß sein können. Als nach dieser Richtung gänzlich belanglos werden ausgeschlossen Wasch- und Badeanstalten, Speiseställe, Bibliotheken, Turn- und Gesangsvereine, Kinderasyle u. s. w. und die übrigen Wohlfahrts-Einrichtungen werden in drei Gruppen geteilt.

Zur ersten Gruppe werden zweckmäßigere Lohnsysteme, wie Gewinnbeteiligung, gedacht, denen jedoch keine bedeutungsvollere Einflußnahme auf die Fortbildung des Arbeitsverhältnisses zuerkannt wird. Bei der zweiten Gruppe handelt es sich um jene Fabrikanten-Philantropie, die einer der sachkundigsten Vertreter dieser Politik, der verstorbene elbische Reichstagsabgeordnete Karl Grab, einst als ein „gutes Geschäft“ bezeichnet hat. Als „Wohlfahrts-Einrichtungen“ kommen hierbei in Betracht die vom Fabrikanten überlassenen Arbeiterwohnungen, Kassen-Einrichtungen, Pensionsinstitute etc. Durch solche Maßnahmen wird das unwürdige Abhängigkeitsverhältnis des Arbeiters vom Unternehmer nicht beseitigt, sondern erhöht; berartige „Fortbildungen“ des Arbeitsverhältnisses sind daher weit mehr als höchst gefährliche, zu einer Verumpfung der sozialen Reform führende Maßnahmen anzusehen. In der dritten Gruppe handelt es sich um Wohlthätigkeitsanstalten, die Prof. Hertner ganz richtig für am Platze erachtet gegenüber Armen, aber nicht gegenüber Arbeitern. „Ist der Arbeiter auch heute in der Regel heillos, so wird dadurch eine Gleichstellung desselben mit dem Armen doch noch nicht gerechtfertigt.“

Da auch diese Gruppe für die Fortbildung des Arbeitsverhältnisses außer Betracht fällt, so kann also keiner wie immer gearteten Wohlfahrts-Einrichtung ein solcher Einfluß zugestanden werden.

Bei Betrachtung über die Bestrebungen bezüglich Fortbildung des Arbeitsverhältnisses von „unten“ haben wir auch die Bemühungen und großen Ausgaben der Arbeiterorganisationen für die Arbeitslosen kennen gelernt und ebenso, daß die Unterstützung derselben aus den Mitteln der Arbeiter unzulänglich resp. in Aufhebung aller Beschäftigungslosen eine

Unmöglichkeit ist. Es gelte nun gegen die Arbeitslosigkeit selbst anzukämpfen. Von der Verkürzung der Arbeitszeit und auch vom Achtstundentag ist eine wesentliche Schwächung der industriellen Reserverarmee nicht zu erwarten. Professor Hertner schlägt daher die Einführung des Rechts auf Arbeit vor; nur diejenigen Arbeiter, welche nachgewiesenermaßen nirgends anders Beschäftigung finden könnten, sollten in die von Gemeinde oder Staat errichteten Produktionsstätten Aufnahme finden. Resolut erklärt Prof. Hertner, daß er gegebenen Falls auch vor den Folgerungen, zu welchen die behufs praktischer Durchführung des Rechts auf Arbeit errichteten öffentlichen Unternehmungen in ihrer Entwicklung nöthigen könnten, nicht zurückschrecke. Aber er vermutet, daß viel eher dieses „Stück Sozialismus“ die übrige Gesellschaft vor der ganz sozialistischen Organisation bewahren dürfte und daß es in der Rolle eines nur vorübergehend gebrauchten Heilmittels bereits die Gesundung unseres ökonomischen und sozialen Körpers herbeiführen kann. — Der Katheder-Sozialismus möchte also das Recht auf Arbeit als kapitalistisches Mittel gegen den Sozialismus zur Anwendung empfehlen!

Wir behalten uns vor, das Recht auf Arbeit in einem besonderen Artikel zu behandeln, geben aber jetzt unserer Meinung über die bezügliche Anschauung des Herrn Prof. Hertner dahin Ausdruck, daß sie eine Utopie ist.

Das Recht auf Arbeit erklärt der Autor als eine der Maßnahmen, welche dem Staate zur Fortbildung des Arbeitsverhältnisses obliegen. Ferner hat er den Schutz und Schirm, den er bisher schon Kindern und Frauen durch die Arbeiter-Schutzgesetzgebung gewährt hat, noch zu erweitern. Als Ziel wird die allmähliche Beseitigung der verheirateten Arbeiterin aus der gewerblichen Werkstatt gelten müssen, wie die Beseitigung der Kinderarbeit ja schon erfreuliche Fortschritte aufzuweisen hat. Die Verbesserung, welche die gewerkschaftliche Organisation in der Lage der Arbeiter in Aussicht stellt und die weitere Ausbildung des gesetzlichen Schutzes der Frauen bezw. die Aufhebung der Arbeit verheirateter Frauen, muß entschieden auch zu einer wesentlichen Hebung der noch in gewerblicher Thätigkeit verbleibenden unberechtigten Arbeiterinnen führen.

Endlich ist es auch nicht ausgeschlossen, daß der Staat sich mit den freien Interessensverbänden zu befassen hat. Die Organisation von Kapital und Arbeit in Kartellen, in Unternehmervereinen und Gewerkschaften bringt gewaltige gesellschaftliche Mächte zur Entfaltung. Ueberall, wo die Macht zum Mißbrauch verleitet, wird es Aufgabe des Staates sein, schrankenlos einzugreifen. Auf diesem Wege wird jene innige Durchdringung und wechselseitige Belebung der Prinzipien freier Einigung und staatlich gesetzter Ordnung erwachsen, welche bisher allen höheren Wirtschaftsverfassungen eigen thümlich gewesen ist.

Von entschiedenem Radikalismus ist das sozialpolitische Programm des wohl fortgeschrittensten Katheder-Sozialisten Prof. Hertner weit entfernt. Zu der Forderung eines Normalarbeitstages für erwachsene männliche Arbeiter vermochte er sich nicht aufzuschwingen, dagegen verlangt er das anscheinend radikalere Recht auf Arbeit. Die zum Schluß ausgesprochene Möglichkeit von dem Einschreiten des Staates gegen Mißbrauch der durch die freie Vereinnahmung erlangten Macht ist seit langer Zeit bereits in praktischer Uebung, nur daß die Repräsentanten des kapitalistischen Staates den Mißbrauch niemals auf Seite ihrer Schüligen, der Kapitalisten, sondern stets und überall und bei jeder Gelegenheit — so erst jüngst bei den

Buchdrucker-Gehtzen — bei den Arbeitern entdecken und da durch Verfügungen und Anordnungen, Verhaftungen und Verurtheilungen, Abschiebungen, Auflösungen und anderen sehr probaten Mitteln „schränkenlegend“ eingreifen und so „die Prinzipien freier Einigung und staatlich gesetzter Ordnung innig durchdringen und wechselseitig beleben.“

Der Katheder-Sozialismus ist, wie ersichtlich, noch mit den Schlacken bürgerlich-kapitalistischer Anschauung schwer behaftet und darum weber er noch der sog. Staats-Sozialismus in der Lage, uns für unseren revolutionären, proletarischen Sozialismus Ersatz zu bieten.

Das preussische Volksschulgesetz, die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften.

II.

Wie die Sozialdemokratie zu der Volksschule steht, ist offenkundig, und zwar so ohne Fehl, vor aller Welt bekannt, daß wir an dieser Stelle die Schilderung akzeptieren können, welche in neuester Zeit durch die ultramontane Presse gegangen ist, und die selbstverständlich von aller feindlichstem Standpunkte aus geschrieben ist.

Weltlichkeit der Schule, — sagt der ultramontane Sozialpolitiker, der unter dem Zeichen Br. schreibt und uns schon in allen deutschen großen Zeitungen des Zentrums begegnet ist, — Weltlichkeit der Schule ist die erste Forderung des neuen sozialdemokratischen Programms in Bezug auf die Schule. Der Mann hat Recht. Er trifft auch den Nagel auf den Kopf mit dem meisten, was er sonst in diesem Punkt noch hinzuzufügen hat. Wenn er indeß behauptet, daselbe sei auch die erste Forderung des Liberalismus gegenüber der Schule, so bedarf das eines Zusatzes. Der Liberalismus, wie er sich dem Volke präsentiert und wie er z. B. bei den Wahlen auftritt, als eine christliche Partei, strebt allerdings in vielen Beziehungen nach demokratischen Zielen, die aber die Vertreter des Liberalismus, die Bourgeoisliberalen und ihre Führer in Parlament und Presse, durch ihr politisches Handeln und Nichthandeln oft genug ver-rathen und verkaufen; wie das z. B. der Schule gegenüber geschieht, in Bezug auf die der theoretische Liberalismus die moderne Bildung und Wissenschaft vertritt, während der praktische Liberalismus allen modernen Phrasen zum Trost die Schule und besonders die Volksschule in den Klauen des Klerus ruhig weiter schmachten ließ, auch in der Zeit, in welcher der Liberalismus die innere Politik beherrschte und der Kulturkampf in höchster Blüthe stand. Diesem Ver-rathe gegenüber, den der praktische Liberalismus am theoretischen und damit am gesammten Volke unausgesetzt verübt, erhebt sich in ehrlücher Offenheit die Sozialdemokratie, die aus den Voraussetzungen des theoretischen Liberalismus, ohne alle Rücksicht auf Frömmerei, und wenn dieselbe auch auf dem Throne sitzt, die Konsequenzen zieht. Daher erstrebt die Sozialdemokratie in Wirklichkeit und mit aller Kraft für die Volksschule das, was beim Liberalismus allerhöchstens auf dem Papier der Programme und in den Wahlreden ein kümmerliches Dasein fristet. Sie will die geistlichen und Ordensgesellschaften vom Unterricht in der Schule und von der Schulinspektion ausgeschlossen sehen. Sie verlangt obligatorischen Besuch der öffentlichen Volksschulen. Mit Recht hat Bollmar in einer seiner Passauer Reden gesagt, „wir Sozialdemokraten fordern nicht, daß die Religion abgeschafft werde, aber in der Schule soll die weltliche Wissenschaft, in der Kirche mag die Religion gelehrt werden. Eltern, welche etwas glauben, mögen ihren Kindern ihren Glauben übermitteln oder durch die Kirche übermitteln lassen.“ Die

Schule soll mit religiösen Dingen, wie die Ultramontanen sehr richtig hervorheben, nach den Forderungen der Sozialdemokratie nichts, aber auch gar nichts zu thun haben. Darum muß die Schule von der Kirche, die Kirche vom Staat getrennt werden und der Kirche allein die Religion überlassen sein. „Die Religion des Einzelnen“, so sagte Liebknecht auf dem Parteitag zu Halle, „können wir ruhig Religion sein lassen, ihm aber Wissen beibringen. Die Schule muß gegen die Kirche mobilisiert werden; der Schulmeister gegen den Klerus.“ Und wie dringend das noth thut, das hat in den letzten Tagen erst die „Kreuzzeitung“ bewiesen, welche unter lautem Jubel der Ultramontanen erklärte, das Deklamiren der liberalen Professoren gegen das Volksschulgesetz erwecke in ihr fast den Verdacht, daß die Herren auf dem Monde lebten, und nicht auf der Erde. Stehe denn nicht die deutsche Volksbildung heute noch auf dem alten Testament, dem athenianischen Glaubensbekenntnis, Luthers Teufelsglauben, Calvin's Gnadenwahl und Vorherbestimmung, auf dem tribentinschen Concil, dem Syllabus u. s. w., und höhniisch fragt sie weiter, was wüßten denn unsere Volksschüler von Lessing, Kant und Darwin? Die allermeisten kennten ja doch nicht einmal ihren Namen.

Das, was die gelehrten Herren Luthers Teufelsglauben nennen, das würde ja doch, einem ökumenischen Bekenntnis aller christlichen Konfessionen entsprechend, der Ueberzeugung aller Kinder in der Volksschule einverleibt, nicht aber Lessings und Kants Philosophie und Darwins Naturwissenschaft. Der Teufel existire und lebe jeden Tag von neuem wieder auf in der Volksschule, wenn ihm auch hundertmal von unseren liberalen Professoren seine Existenz abbetretirt würde.

Und damit die Liberalen auch ja nicht so thun könnten, als wenn es sich da nur um eine Volksschule handle, die weniger in der Wirklichkeit als in den Wünschen und Hoffnungen der Ultramontanen und Orthodoxo-Evangelischen existirt, flüht die „Kreuzzeitung“ hinzu, die Herren möchten sich das eine merken, wenn der Zedlitz'sche Entwurf Gesetz werde, so werde dadurch am Religionsunterricht materiell nichts geändert, auch die Zahl der Religionsstunden bleibt dieselbe, ferner bleibt der Unterricht in den übrigen Lehrfächern sowohl qualitativ wie quantitativ unberührt. Die „fürchterliche Schule der Finsternis und des Obskurantismus“, die z. B. Professor Feltz Dahn an die Wand malt, die „existirt bereits“. Daß dieses Bekenntnis so energisch, so nackt und unverschämt zu Tage getreten ist, dafür haben wir unser Kompliment dem Zedlitz'schen Volksschulgesetzentwurf zu machen. Und daß der Schulmeister, wie Liebknecht sagt, gegen den Klerus mobilisiert werden muß, der an der Schwelle des zwanzigsten Jahrhunderts über die Existenz des Teufels in der Volksschule triumphirt, denselben Teufel, dem Luther in der Wartburg das Tintenfaß an den Kopf geworfen, — damit wird jeder halbwegs vernünftige Mensch wohl einverstanden sein. Nicht vom theoretischen Liberalismus mit seinen schwächlichen Anläufen, noch viel weniger vom praktischen Liberalismus mit seiner feigen Heuchelei und seinem Verrath an Wahrheit und Wissenschaft, und auch nicht von der Schule unseres gegenwärtigen Staats, der festhält im Banne der Kompromisse mit dem Ultramontanismus und der Orthodoxie, sondern allein von der Sozialdemokratie hat das Volk die Befreiung von den Banden des Jahrtausende alten Aberglaubens zu erhoffen, und diese erfolgt durch das voraussetzungslose und vorurtheilsfreie Wissen, welches den um ihre Existenz ringenden Proletariern die

Sozialdemokratie vermittelt. Einer besonderen Tendenz bedarf es dazu nicht.

Der Kampf um die wirtschaftlich und politisch gleichberechtigte Existenz, die Untersuchungen und die Aufklärung über die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse und Verhältnisse, die Bemühungen an die Stelle des Schlechten das Bessere, zunächst hauptsächlich auf sozialpolitischem Gebiete, zu setzen, nötigt die Partei und alle in ihre Kreise eintretenden Proletarier, sich mit der Wissenschaft vertraut zu machen, die Waffen, die sie geschmiedet hat und von neuem schmiedet, zu benutzen. Das thut nicht allein die Sozialdemokratie, und sie nicht vorzugsweise als solche, sondern das thun auch in hohem Maße, und vielmehr, als sich die Mitglieder träumen lassen, die Gewerkschaften. Ihr Kampf bezieht sich allerdings, und soll sich nur beziehen, auf die Eringung besserer Lebensverhältnisse. Um dieses Ziel aber zu erreichen, um von den übermächtig scheinenden Gegnern, den Vertretern des Kapitalismus und ihrem ganzen Tross, nicht erdrückt zu werden, um die Mängel der tausendfach verwirrten sozialpolitischen Zustände in der Gegenwart und ihre Ursachen in der Vergangenheit zu ergründen und als volkschädlich zu erweisen, um in höchster Instanz den Beweis zu erbringen, daß die Kulturentwicklung der Menschheit schwer unter den Wirtschaftssystemen, die bislang geherrscht, und der politischen Bevormundung, die Hand in Hand mit ihnen regiert, gelitten hat, müssen die Kämpfer für das arbeitende Volk, welche auf dem Fruchtboden der Gewerkschaften erwachsen und gedeihen, mit der Wissenschaft sich und ihre Arbeitsgenossen vertraut machen.

Deswegen ist die gesamte Arbeiterbewegung der Neuzeit eine im Grunde durch und durch wissenschaftliche. Eine der ersten und vornehmsten Agitationsbrochüren Ferdinand Lassalles eroberte sich das höchste und dauerndste Ansehen bei den Arbeitern unter dem Titel: „Die Wissenschaft und die Arbeiter“. Karl Marx und Friedrich Engels sind nicht nur Männer der Wissenschaft, sondern in ihren Fächern, in der Sozialpolitik und in der politischen Ökonomie, die obersten und unbestreitbaren Autoritäten. Die Sozialdemokratie ist so bahnbrechend auf dem Gebiete der Sozialwissenschaften vorangegangen, daß unsere Universitäten den Kathedersozialismus schaffen mußten, um von ihr wenigstens nicht ganz offenbar überflügelt und zum alten Eisen geworfen zu werden. Und das letzte und wahrlich nicht das schlechteste der Glieder in der Kette der sozialpolitischen Erscheinungen unserer Zeit, die Gewerkschaften der armen ungelehrten Arbeiter, sind sie nicht schon, auf statistischem Gebiet zum Beispiel, dem mächtigen Staat mit seinem Heere gelehrter Professoren mit leuchtendem Beispiel vorangegangen? Haben sie nicht zunächst in England muster-gültige, großartige Organisationen geschaffen, und indem sie aus den Steinen und Brotsamen, die das Kapital dem armen Volke übrig gelassen hatte, Gold prägen, das Unmögliche möglich gemacht? Gehen in diesem Augenblicke nicht auch die Gewerkschaften des arbeitenden Volkes in Deutschland an die große Aufgabe, es ihren englischen Brüdern in Massenorganisationen gleichzutun und zur Grundlegung für menschenwürdige Zustände in der Zukunft das Fundament zu schaffen? Bis zum vierzehnten Jahr hat die staatlich regierte und kirchlich geleitete Volksschule Macht über die Kinder des Volkes. Bis zu dieser Zeit wird der in der Arbeiterbewegung ringende Arbeitermann dafür sorgen, daß die Macht, die die konfessionelle Volksschule sich anmaßt, nicht den Verstand und das Gemüth seiner Kinder überwuchert und ersticht. Im späteren Leben packt die Arbeiterbewegung selbst

den heranreisenden Proletarier. Die Reichen mögen ihre Kirche behalten. Das Leben selbst wird in immer steigendem Maße die Vermählung des Arbeitervolkes mit der Wissenschaft vollziehen. Lessing, Kant, Schiller, Goethe, Darwin und wie die Heroen des Geistes alle heißen, werden in der sozialdemokratischen Gesellschaft nicht mehr ein Schattenleben führen, verhöhnt von der „Kreuzzeitung“ als Männer im Monde und verdrängt aus der Volksschule von dem Teufel, sondern ihre Wissenschaft wird das ganze Bildungswesen der Zukunft, die sich das Volk selber schaffen wird, beherrschen.

Das Denkmal, das Beldly dem heutigen Staate und sich selbst mit seinem Volksschulgesetze errichtet hat, das mag er behalten.

Akkord- oder Zeitlohn?

Herr Domela Nieuwenhuis, der sich in der Rolle eines anarchistischen Führers der holländischen Sozialdemokraten gefällt, hat in der „Neuen Zeit“ in einem Artikel über „Stückarbeit und Sozialismus“ gegen den Beschluß des Brüsseler internationalen Kongresses, betreffend Bekämpfung der Akkordarbeit, Stellung genommen. Mit der ihm so eigenthümlich stehenden angenommenen Miene der wirtschaftlichen Weisheit erklärt er:

„Daß die Arbeiter im Allgemeinen den Fehler machen, die Stückarbeit zu bekämpfen, begreife ich; aber gewundert hat mich, zu sehen, daß sozialistische Arbeiter und besonders die sozialistischen Führer in den verschiedenen Ländern denselben Fehler mitmachen und es in gewissem Sinne ein sozialistisches Dogma wurde, der Stückarbeit feindselig gegenüberzustehen. Ich habe darüber das berühmte Werk unseres Marx zu Rathe gezogen, nicht weil er unser Papst ist, der unfehlbar all unserm Fragen ein Ende macht, sondern weil es immer der Mühe lohnt, zu hören, was er zu irgend einer Frage sagt. Und es kam mir vor, als ginge es mit Marx wie mit vielen Anderen: auch er wird mehr gepriesen als gelesen, sonst wäre es unmöglich gewesen, daß auf einem sozialistischen Kongress eine solche Resolution mit so großer Einstimmigkeit angenommen wurde. Was sagt denn unser Marx? Marx nennt Zeitlohn und Stücklohn die „zwei herrschenden Grundformen“ der Lohnarbeit und sagt weiter: „Der Stücklohn ist nichts als eine verwandelte Form des Zeitlohnes, wie der Zeitlohn die verwandelte Form des Wertes oder Preises der Arbeitskraft.“ Und am besten bemerkt man dies dort, wo beide Formen gleichzeitig in demselben Geschäftszweig nebeneinander bestehen. „An und für sich ist es jedoch klar, daß die Formverschiedenheit in der Auszahlung des Arbeitslohnes an seinem Wesen nichts ändert, obgleich die eine Form der Entwicklung der kapitalistischen Produktion günstiger sein mag als die andere.“ Marx nennt die Form des Stücklohnes ebenso irrational als die des Zeitlohnes, und in der Hauptsache ist es dasselbe, denn „beim Zeitlohn mißt sich die Arbeit an ihrer unmittelbaren Zeitdauer, beim Stücklohn am Produktenquantum, worin Arbeit während bestimmter Zeitdauer verdichtet“, und darum ist der Stücklohn nur eine modifizierte Form des Zeitlohnes. Was ist Stücklohn anders als der Preis der Arbeit, gemessen nach der Arbeitszeit? Jeder kann das sehen, der weiß, wie der Stücklohn festgestellt wird. Man läßt einen Arbeiter, meistens einen tüchtigen, ein neues Stück Arbeit machen, und um den Preis zu bestimmen, läßt man ihn das Stück in Zeitarbeit anfertigen. Dadurch hat man gesehen: in so viel Stunden Zeit hat der Arbeiter das Stück verfertigt, ergo beträgt der Stücklohn so viel. Was ist das anders

als Zeitlohn in anderer Form? Eine der Ursachen, warum die Stückarbeit so verhaßt ist, besteht darin, daß man die Arbeiter zu dem Zwecke konkurrieren läßt, um den Stücklohn herabzusetzen; da steckt der Fehler, jedoch nicht im Stücklohn, sondern eben in dieser Konkurrenz zur Herabdrückung der Löhne.“

Die kapitalistische Presse ist über diese Leistung des Herrn Nieuwenhuis selbstverständlich sehr erbaut. Auch Dr. Max Hirsch in seinem „Gewerksverein“ stimmt ihm ein Loblied an und benutzt des „holländischen Sozialistenführers“ Ansichten zu einem Glibe wider die „Autoritätsmenschen“ in der deutschen Sozialdemokratie. „Das ist — sagt Max Hirsch — ja ganz und gar unser Standpunkt.“ Gewiß, das ist er. Herr Nieuwenhuis ist zur Abwechslung mal unter die Vertreter der herrschenden Wirtschaftsordnung gegangen. Aber wenn er auch das Blaue vom Himmel herunter argumentiert und Marx noch so willkürlich auslegt, so wird er es doch nicht fertig bringen, den sozialdemokratischen Arbeitern begreiflich zu machen, daß ihre Ueberzeugung von der Verderblichkeit der Akkordarbeit in einem irrigen „Dogma“ wurzelt.

Die Ansichten Karl Marx' über die Lohnformen sind von den sozialdemokratischen Arbeitern viel früher richtig gewürdigt worden, ehe es Herrn Nieuwenhuis eingefallen ist, „unseren Marx zu Rathe zu ziehen“. Er hat Marx nicht richtig verstanden, oder will ihn nicht richtig verstehen, nur um Anlaß zu haben, speziell den deutschen Sozialisten in seiner schulmeisternden Manier unter dem Beifall der Gegner sagen zu können, daß sie doch eigentlich recht „herzlich dumm“ sind. Und diese Unverfrorenheit muß man dem überklugen Herrn gehörig anstreichen. Es ist Marx garnicht eingefallen, mit seiner Darlegung, daß der Akkord- oder Stücklohn nur die verwandelte Form des Zeitlohnes, den Nachweis bezwecken zu wollen: es sei der Akkordlohn weniger verwerflich wie der Zeitlohn.

Wir können uns darauf berufen, vor einigen Jahren schon, gestützt auf die Marx'schen Darlegungen, in der Prüfung dieser Frage zu einem richtigeren Resultat gelangt zu sein, wie Herr Nieuwenhuis. Auch in der von der früheren Geschäftsleitung der Maurer Deutschlands an den Reichstag gerichteten Petition, betreffend gesetzliche Sicherstellung des Koalitionsrechts, hat die Frage in demselben Sinne eine Erörterung gefunden. Es heißt da:

Eine Erhöhung des Arbeitslohnes kann nur stattfinden aus dem National-einkommen, indem der Grundsatz beobachtet wird, daß der Ertrag, den Jeder für geleistete Arbeit erhält, seiner Mitwirkung an der Herstellung der Produktenmasse angemessen ist, während heute der Arbeiter, wenn auch die Arbeit noch so produktiv ist, nicht das Produkt seiner Arbeit erhält, sich vielmehr für die Arbeit eines Tages mit weniger Arbeitsprodukt, als ein Tag wert ist, begnügen muß, wenn er nicht verhungern will.“

Dieser wirkliche Sachverhalt, diese wahre Natur des Arbeitslohnes, wird durch seine Form beständig verhüllt. Nehmen wir an, der Arbeiter muß täglich elf Stunden arbeiten, erstens sieben Stunden, um seinen Lebensunterhalt zu gewinnen, d. h. den ihm vom Unternehmer zu zahlenden Tageswerth seiner Arbeit im Betrage von z. B. 4 M zu schaffen; zweitens vier Stunden, um dem Unternehmer einen Mehrwerth von vielleicht 2 M zu liefern. Wird nun der Tageswerth seiner Arbeitskraft als Preis seiner Tagesarbeit ausgedrückt, so stellen 4 M den Arbeitslohn für elfstündige Arbeit vor und zwar einem dem Werth dieser Menge Arbeit genau entsprechenden

Arbeitslohn. Dem Anschein nach hat der Arbeiter keine Minute umsonst gearbeitet.

So erscheint bei oberflächlicher Betrachtung jede Spur des Abhängigkeitsverhältnisses ausgelöscht.

Noch mehr als beim Zeitlohn ist dies beim Akkordlohn der Fall. Hier scheint die Arbeit nicht nach ihrem Tageswerth, sondern im Verhältnis zu dem von ihr gelieferten Produkt bezahlt zu werden. Und doch ist der Akkordlohn nur die verwandelte Form des Zeitlohnes, obgleich es den Anschein hat, als ob dabei der Preis der Arbeit durch die Menge des gelieferten Produktes bestimmt werde. Bei Feststellung des Akkordlohnes fragt es sich immer um Folgendes: Wie lange währt der übliche Arbeitstag und wie viel produziert ein Arbeiter von durchschnittlichem Fleiß und Geschick in dieser Zeit? Wie hoch ist unter diesen Umständen der tägliche Arbeitslohn? Stellt sich da z. B. heraus, daß ein Arbeiter, der einen elfstündigen Arbeitstag eine bestimmte Menge produziert, so wird der Akkordlohn für dieselbe Menge in der Regel erheblich weniger betragen, so daß ein Mehrverdienst für den Arbeiter nur dann entstehen kann, wenn er intensiver, bezw. länger und anhaltender arbeitet, wie im Tagelohn. Die Unternehmer motivieren die Akkordarbeit ja ausdrücklich damit, daß sie die beste Kontrolle für die Arbeitsleistung biete, bezw. den Arbeiter zur Leistung zwingt. Aber gerade hier tritt in die Tendenz des Akkordverhältnisses sehr heftig zu Tage; sie ist lediglich auf mehr Leistung gerichtet, aber nicht etwa deshalb, weil es an Arbeitskräften, dem Produktionsbedürfnis zu genügen, mangelt, sondern weil man den Preis der Arbeit vermindern will. Dieser Prozeß vollzieht sich in recht einfacher Weise. Der Akkordlohn bemißt sich, wie gesagt, ursprünglich nach dem üblichen Tagelohn. Ist durch den Akkordlohn eine Mehrleistung des Arbeiters erzielt worden, so dient er nun einerseits wieder dazu, den Tagelohn niederzubrüden. Der verminderte Tagelohn aber wird dann stets auf's Neue als Norm für den Akkordlohn benutzt und so fort. Es findet eine beständige Wechselwirkung zwischen Zeit- und Akkordlohn statt, die dem Arbeiter niemals vorthellhaft sein kann. Die Tendenz der modernen Produktionsweise, den Preis der Arbeitskraft möglichst zu verringern, verleugnet sich in keiner Lohnform. Am bedenklichsten aber erscheint sie in der Form des Akkordlohnes, der an und für sich schon an die Arbeitskraft in der Regel übermäßige Anforderungen stellt und die Arbeiter verleitet, in Rücksicht auf einen Mehrverdienst über den üblichen Tagelohn, jene Anforderungen noch zu überschreiten, ja oft in rücksichtslosester Weise sich aufzureiben. Das Wort: „Akkordarbeit ist Mordarbeit“, das den Arbeitern so geläufig ist, sagt in knapper, berber Weise eine traurige Wahrheit!

Zudem kommt ja in Betracht, daß die Akkordarbeit die Leistung des Arbeiters in qualitativer Hinsicht erheblich verringert, man kann sagen, in demselben Maße, wie sie die quantitative erhöht. Das ist eine, speziell in den Baugewerben, recht bedenkliche Erscheinung. Nur mit Hilfe der auf schleunigste und billigste Fertigstellung berechnenden Akkordarbeit lassen sich jene Schunbauten aufzuführen, die überall anzutreffen sind. Die Arbeiter haben kein Interesse daran, am Zustandekommen derartiger Ausgebirten der Profitgier und freien Konkurrenz mitzuwirken! —

Dieses ist die aus den Thatsachen geschöpfte Lehre Marx' über die Akkord- oder Stückarbeit. Wie Jemand, der sich Sozialist nennt, daraus folgern kann, Diejenigen, welche dem Zeitlohn vor der Akkordarbeit den Vorzug geben und letztere beseitigen wollen, seien im Unrecht,

Ist uns unerschrocken. Gewiß, es kommt vor, daß Marx „mehr gelesen als gelesen“ wird, jedoch es paßt sich auch gewisse Überklugungen Lenten, daß sie Marx lesen, aber ihn nicht verstehen. Zu diesen Lenten gehört auch Herr Meuwenhuis, dessen Unfassungsgabe bekanntlich auf dem Brüsseler Kongreß sich gerade nicht als die beste erwies.

Ohne Zweifel, in der „Konkurrenz zur Herabdrückung der Löhne“, im Lohnsystem überhaupt steckt der Fehler. Aber trotzdem ist es nicht gleichgültig, ob die Akkordarbeit dazu mißbraucht wird, jene Konkurrenz zu verschärfen. Der Brüsseler Kongreß hatte Recht, die Akkordarbeit zu verurteilen als ein „fluchwürdiges System intensiver Ausbeutung.“ Daß sie das nicht ist, dafür bleibt Herr Meuwenhuis den Beweis schuldig; er läßt es unter fälschlicher Anwendung der Marx'schen Theorie bei leeren Behauptungen bewenden. Wenn er seine Zeit nicht besser anzuwenden weiß, die Arbeiter zu belehren, so thäte er gut, zu schweigen. Aber freilich, der Mann hat das Bedürfnis, unter allen Umständen von sich reden zu machen. Seine „Wissenschaftlichkeit“ hält vor der Logik der Thatsachen: nicht Stand.

„Grundstein“.

Geschlagen.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht der „Trade Unionist“, das Zentralorgan der englischen Gewerkschaften, einen Aufsatz über den deutschen Buchdruckerstreik, der den Unterschied, der zwischen den „deutschen (Hirsch-Dunder'schen) Gewerkschaften“ und den englischen besteht, klar zum Ausdruck bringt. Der Aufsatz lautet in der Uebersetzung des „Correspondent“:

„Der Kampf der deutschen Buchdrucker gegen den Neunstundentag ist zurückgeschlagen worden. Wir hoffen und glauben, daß sie sich von dem schweren Schläge wieder erholen werden, aber wie auch die Dinge sich gestalten mögen, das unglückliche Ende des Streiks ist ein schweres Mißgeschick. Der stärkste Arbeiterverband des Kontinents wurde nach zweiundeinhalbmonatlichem Kampfe geschlagen; ein Verband, welcher Vorsicht und Thätigkeit in der Verwaltung mit einem fortschrittlichen Geist und einer unvergleichlichen Opferfreudigkeit gegen andere Arbeitergruppen in sich vereinigte. Die behandelte Forderung der Arbeitszeitverkürzung von zehn auf neun Stunden wurde zurückgewiesen und die Streikenden mußten, trotzdem bereits 6000 siegreich gewesen waren, dem Kampfe aufgeben und die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufnehmen.“

„Wir sind überzeugt, daß die erste Botschaft, welche die hiesigen Unionisten an die Streikenden zu senden wünschen, nachdem sie deren Sache nach besten Kräften unterstützt haben, lauten soll: „Behaltet das Herz am rechten Fleck, das nächste Mal wird Euch das Glück günstiger sein!“ Wir möchten wohl konstatieren wissen, daß wir ihnen nicht geholfen haben, weil die Wahrscheinlichkeit des Sieges auf ihrer Seite war, sondern weil sie den Sieg verdienten, indem sie das menschenmögliche thaten, um den Erfolg zu erringen, sowohl durch gemeinschaftliche wie durch persönliche Opfer. Jede einzelne der britischen Gewerkschaften, welche sich an der Unterstützung der deutschen Buchdrucker beteiligten, wird darin übereinstimmen, daß es „besser sei gekämpft und verloren, als gar nicht gekämpft zu haben.“ Die Engländer hätten sich gefreut, wenn der deutsche Verband siegreich gewesen wäre, aber andererseits ziehen sie es vor, mitgeschlagen worden zu sein, anstatt abseits gestanden und ohne einen Finger zu rühren den Unterang der Kämpfenden mit angesehen zu haben. Die Vorkommnisse beim großen

deutschen Streik, welche die hiesigen Arbeiter in Folge deren Vertheiligung an dem Kampfe sehr interessierten, werden nicht unbeachtet gelassen werden. Diese Ereignisse müssen unsern Muth erhöhen und uns mehr denn je anspornen zum weitem Ausbau unserer Organisationen. Großbritannien ist der Stützpunkt zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen nicht allein Englands, sondern auch des Kontinents. Dieser Art müssen die Gefühle der zehntausende von englischen Arbeitern getrieben sein, als sie sich für die Unterstützung der deutschen Buchdrucker erklärten, in der Hoffnung, dadurch die Lage günstiger zu gestalten und die Lohnherren zur Einsicht zu bringen. Der in der Memorial Hall geschlossene Bund wird durch die gegenwärtige Niederlage nicht berührt. Gewerkschaften aller Art vereinigen sich dort und reichen sich die Hände zur gemeinsamen Unterstützung unserer ausländischen Brüder.

„Alle untergeordneten Differenzen verschwanden in dem Augenblicke, wo die britischen Arbeiter erklärten, daß sie für sie keine Nationalfrage gebe; daß die innere und äußere Politik, das Ziel und der Weg ein und derselbe sei. In Deutschland ist der Militarismus wie es scheint der tonangebende Faktor sowohl in den Werkstätten als auch am Exzerzierfeld und im Reichstag. Es ist gut, die Thatsachen zu begreifen, wenn dieselben auch die offizielle Dede des Berliner Konferenztisches (die Arbeiterkongresskonferenz ist gemeint) lüften und wir darunter die starren militärischen Eigenthümlichkeiten zu sehen bekommen.“

„England scheint sich verhältnismäßig dem Jahrtausend zu nähern, aber es hat keine Veranlassung, sein Festkleid zu bestücken, während vor seiner Thür, unter der Regie von Regierungen, mit welchen wir, als demokratische Macht, „freundliche Beziehungen“ unterhalten, das Leben so höllisch ist. Wir hatten in den letzten Wochen Gelegenheit gehabt, einen Einblick in all' dies zu gewinnen, während wir die Pioniere der Arbeit beobachteten in dem Kampfe gegen die vereinigten Kräfte des Kapitals, der Klassen, der Presse und der Behörden in ihren tausenderlei Formen.“

Der Artikel malt dann, im Gegensatz zu den diplomatischen Bündnissen, eine Verbrüderung der Arbeiter oder Völker aller Länder aus und berührt auch eine ebensolche Verbrüderung der Buchdrucker:

„Wir gestehen, daß wir eine internationale Verbindung der Buchdrucker als eines der Ergebnisse des Streiks erhofft hatten, denn diese Männer sind dazu bestimmt, das Licht der Aufklärung von Land zu Land zu verbreiten. — Der Artikel schließt: Es ist sehr schwer, geduldig zu sein und gleichzeitig tapfer und klug vorwärts zu schreiten, aber wir appellieren an unsere Freunde und Kampfgenossen in Deutschland, sich durch diesen Fehlschlag nicht beirren oder in eine Position drängen zu lassen, welche ihrer Ueberzeugung zuwiderläuft. Das Vertrauen in die gewerkschaftliche Vereinigung verlangt es, daß sie durch diesen Fehlschlag nicht entmuthigt sein sollen, sondern auch ferner der Organisation treu bleiben mögen. Unsere Erfahrung hierzulande hat uns gelehrt, daß die gewerkschaftliche Organisation eine notwendige Stufe in der industriellen Umwälzung ist, welche nicht übergangen werden kann, wenn die Arbeiter jemals aus ihren miserablen ökonomischen Verhältnissen sich emporzuschwingen wollen.“

Man vergleiche mit dieser Sprache die erbärmliche Haltung der Hirsch-Dunder'schen, wie wir sie in letzter Nummer gezeigt haben.

Zur Lohnbewegung von Baer u. Kempel (Nähmaschinen-Fabrik) in Bielefeld.

Die Firma Baer u. Kempel hat ein gedrucktes Formular unter ihren Arbeitern verbreitet. Dasselbe lautet:

An unsere Arbeiter!

Zur Ergänzung unserer Mittheilungen, die wir gestern der Deputation unserer Arbeiter gemacht haben, und in Rücksicht auf uns zu Ohren gekommene unrichtige Darstellungen (theilweise auf Entstellungen unserer Arbeiter.

Die Produktion unserer Fabrik unterscheidet sich von der der meisten hiesigen und überhaupt der übrigen deutschen Nähmaschinenfabriken besonders durch den Umstand, daß wir vor ca. 10 Jahren zur Fabrikation eines gänzlich neuen Nähmaschinensystems übergegangen sind. Fast alle deutschen Fabriken fabriziren Nähmaschinen nach dem Singer-System, während unsere Hauptproduktion bekanntlich in Nähmaschinen des Dreifachsystems besteht, die von uns unter der Bezeichnung Phönix-Nähmaschinen in weiteren Kreisen eingeführt worden sind. Die Einführung dieses Systems zu Anfang der 1880er Jahre hat uns ganz enorme Schwierigkeiten verursacht und so bedeutende finanzielle Opfer veranlaßt, daß der Verlust der ersten Jahre nach der Einführung den Gewinn einer ganzen Reihe späterer Jahre völlig abjorbiert hat. Das von uns verfertigte System ist nun im Laufe des verflochtenen Jahrzehntes weiteren großen Vervollkommnungen entgegengeführt worden. Diese Vervollkommenungen bedingten eine stete Umarbeitung respektive Neuanschaffung der Modelle, Einrichtungen u. s. w. und beeinflussten das materielle Ergebnis der Produktion weiter in ganz erheblicher Weise. Bei jeder dieser Vervollkommenungen mußten die Akkordsätze von neuem mit den Arbeitern vereinbart werden. Nun weiß jeder, der die in den Nähmaschinen-Fabriken bestehenden Akkordverhältnisse kennt, wie schwierig es ist, eine Grundlage mit den Arbeitern zu vereinbaren, die beiden Theilen gerecht wird. Die Arbeiter suchen naturgemäß einen möglichst günstigen Akkordsatz zu erhalten; es gibt auch Arbeiter, die ihre Leistungsfähigkeit zurückhalten, damit die höheren Sätze möglichst lange bestehen bleiben und daher ist es Regel, daß ein neuer Artikel zu Beginn der Produktion oft das Doppelte an Löhnen kostet als später, wenn die Leistungsfähigkeit der Arbeiter zur vollen Entwicklung gelangt ist. Es ist Thatsache, daß die verschiedenen Größen der Phönix-Maschinen noch jetzt um 30-50 Prozent höhere Herstellungskosten verursachen als die gleichen Modelle des Singer-Systems. Nun ist aber der Absatz eines Produktes in erster Reihe abhängig von dem Preise, der dafür verlangt wird. Wir sind gezwungen für die Phönixmaschinen einen weltwärts höheren Preis zu fordern als der, welcher heute für die besseren Singer-Marken gang und gebe ist, obschon bei einer rationell organisierten Produktion die Herstellungskosten der Phönix-Maschinen von der der Singer-Maschinen nicht erheblich abweichen dürften. Durch die hohen Preise kann sich der Absatz nicht in der ausgedehnten Weise entwickeln, wie es die Güte der Maschine verdient. Nun tritt im laufenden Jahre noch eine ganz wesentliche Erschwerung des Absatzes hinzu, daß das Ausland durch höhere Zölle sich immer mehr von uns abschließt. Einen großen Theil unseres Absatzes haben wir bisher nach Frankreich gehabt. Der neue französische Tarif setzt den Zoll von 6 auf 60 Franken für 100 Kilogramm fest, das macht für das Obertheil einen Unterschied von 5-10 Franken. Wollen wir uns die französische Kundenschaft erhalten, dann müssen wir den größeren Theil des Zolles auf uns nehmen.

Die Einfühlvolleren unter unseren Arbeitern werden aus den vorstehenden Darlegungen gewiß die Ueberzeugung schöpfen, daß wir bei den ungemein schwierigen Absatzverhältnissen, die sich in diesem Jahre einstellen werden, gezwungen sind, die Produktion zu verbilligen, wenn wir im Stande sein sollen, im laufenden Jahre unsere ganze Arbeiterzahl voll zu beschäftigen. Es soll dies nicht allein durch Reduktion der Akkordsätze, sondern auch durch verbesserte Arbeitsmethoden geschehen. Es ist nicht unsere Absicht, daß unsere Leute eine geringere Lohnsumme erwerben sollen als früher, sondern wir glauben, daß die Reduktion der Akkordsätze durch größere Handfertigkeit in kurzer Zeit wieder eingebracht werden kann. Sollte bei der Veranlagung der neuen Sätze irgend ein Irrthum vorkommen, so daß irgend ein Arbeiter dauernd einen geringeren Verdienst als bisher erzielen würde, dann sind wir bereit solche Fälle eheils zu prüfen und eventuell Abhilfe zu schaffen. Jeder in den hiesigen Nähmaschinenfabriken beschäftigte Arbeiter weiß, daß die bei Singer-Maschinen geltenden Akkordsätze erheblich niedriger sind als ähnliche Arbeiten an der Phönixmaschine,

und doch verdienen die leistungsfähigeren Arbeiter bei den Singer-Akkordätzen den gleichen Lohnsatz als die besseren Arbeiter bei den Akkordätzen der Phönix-Maschine, so daß wir bestimmt glauben, daß der beabsichtigte Akkordabzug, der nur ca. 4 Proz. von der gezahlten Lohnsumme betragen würde, einen Einfluß auf die Löhne nicht gehabt hätte. Es ist beispielsweise Thatsache, daß die Löhne trotz früher vorgenommener Reduktion der Akkordsätze eine Steigerung erfahren haben. Wir ersuchen unsere Arbeiter ferner zu berücksichtigen, daß die älteren jetzt aufgegebenen Modelle der Phönix Litr. A B C um durchschnittlich 3/4 billiger im Lohne sich stellen, als die neuen Modelle D E F. Da nun unsere Kunden höhere Preise für die neuen Maschinen auf die Dauer nicht zahlen werden, im Gegentheil auf eine weitere Reduktion der Preise drängen, sind die Maßnahmen unsererseits nicht viel länger hinauszuverschieben, die die Erhaltung unserer Konkurrenzfähigkeit bezwecken.

Wir schließen diese Darlegung mit dem Wunsche, daß sich unsere Arbeiter niemals zu übereilten Schritten verleiten lassen mögen, die zuletzt doch nur zum Schaden der Fabrik und der Arbeiter ausfallen müssen, deren Interessen, wie die Sachen allen sozialistischen Theorien zum Troste in diesem Falle liegen, doch nur identisch sind.

Baer u. Kempel.

Das Schriftstück ist von dem kapitalistischen Ganze durchweht, welcher in jeder Unternehmerrasse und deren Hintermänner so gerne den Arbeitern vorgewalt wird. Es soll gleichsam ein Mittel aus denselben herausgezogen werden um die in Noth undummer lebenden Unternehmer, es soll ferner die Arbeiter anspornen, ihre ganze Arbeitskraft nur dem Wohlergehen der Herren Unternehmer zu widmen. Es besagt, daß die Akkordsätze zwischen der Firma und den Arbeitern so geregelt würden, daß beide Theile einverstanden wären. Es gibt aber selbst zu, daß dieses Regeln schwer ist, jedenfalls doch darum, weil der Unternehmer einen höheren Akkordsatz beansprucht, als dem Arbeiter hingeworfen wird.

Die Konkurrenz soll einen Lohnabzug unbedingt erforderlich machen! Warum, fragen wir, betreibt denn das gesammte Unternehmertum eine berartige Schleuderkonkurrenz und beraubt so den Arbeiterstand der Konsumtionsfähigkeit? Es wird dann weiter gesagt, daß es der Firma schwer würde alle Waaren abzusetzen, da durch Zölle das Absatzgebiet verschlossen sei und weiter besagt das Schriftstück: „Wir glauben, daß unsere Arbeiter durch verbesserte Maschinen stellen können und dadurch wieder zu ihrem alten Lohnsatz kommen werden.“ Auf der einen Seite ist das Absatzgebiet verschlossen, es kann keine Waare abgesetzt werden und auf der anderen Seite soll noch mehr fertiggestellt werden, eine Folgerung die wir nicht verstehen können.

Um eben auch zu zeigen, wie viel die Mehrproduktion beträgt, lassen wir folgende Berechnung folgen: Auf einen Theil einer Maschine wurde der Lohnsatz von 55 £ gestellt. In 14 Tagen soll der Arbeiter 100 Stück fertigstellen. Er haben, es betrüge dieses 55 £ pro Lohnsatz, vor einigen Zeit sind 15 £ abgezogen worden, von demselben Theile sollen nun noch 10 £ in Abzug kommen, es sind b' annähernd 50 Proz. Nun schlägt die Firma vor, der Arbeiter soll den alten Lohnsatz durch Fleiß heranzuholen; wenn dies überhaupt möglich wäre, müßte ein solcher Arbeiter 185 Theile fertigstellen, um denselben Lohnsatz in 14 Tagen zu erhalten. Es wird immer geklagt, der Weltmarkt ist so voll, daß er vor Ueberladung kränkt und trotzdem will eine Firma, wie in diesem Falle, in 14 Tagen die Produktion noch beinahe um das Doppelte erhöhen. Hier kann nur unsere Forderung in dem Geiste aller unserer Genossen wiederhallen. Nur die Verbilligung der Arbeitszeit macht uns von der Ausbeutung des heutigen Unternehmertums frei. V.

Korrespondenzen.

Former.

In die Former des In- und Auslandes!

Die Former Wien's machen den Fachgenossen allerorts die Mittheilung, daß der Buchmeister Herr Müller, wegen dessen im vergangenen Jahre der Former-Streit bei der Firma Julius Pastré, Wien, ausbrach, in Folge Lohnreduzierung und äußerst roher Behandlung seiner ihm beigegebenen Arbeiter seinen Austrittsvertrag verlassen mußte. Jetzt ist man denn doch einmal zur Einsicht gekommen, daß man auf Leute solchen Schicksals verzichten kann. Bedauerlicher ist es, daß Herr Pastré das nicht früher eingesehen hat. Die Lohnbewegung hätte bald geschlichtet werden können. Gätte er statt seiner Arbeiter Herrn Müller geopfert, sein Betrieb

hätte keinen so erheblichen Schaden erlitten. Wir hoffen, daß Herr Wastre die besagten Forderungen seiner Arbeiter: Erhaltung der bestehenden Löhne bei der enormen Lebensmittelpreiserhöhung und humane, menschenwürdige Behandlung seitens der Vorgesetzten, lieber bewilligen wird, ehe er wieder eine solch' langwierige Betriebsstörung heraufbeschwört. Wir wollen bemerken, daß, so bescheiden und wohl gerechtfertigt diese Forderungen waren, trotzdem an alle Viehereiber schwarze Listen geschickt und auch benutzt wurden, so daß Leute, die sich ehrlich ihr Brod anderswo verdienen wollten, wie Verbrecher fortgewiesen wurden. Einem Genossen glückte es, in einer Fabrik unterzukommen, als man aber darauffam, mußte er sofort wieder seine Arbeit liegen lassen und konnte gehen. So verfährt man heute mit einem Arbeiter, der für sich und seine Familie zu sorgen hat, wenn er nicht Alles willkürlich über sich ergehen läßt. Aber wir wollen hier gleich mittheilen, daß für uns die ganze Sache einen prächtigen Erfolg hatte. Unsere ausdauernden Jagdgenossen wurden in solchem Maße unterstützt, daß sie und die Ihren vor der größten Noth geschützt waren. Dadurch haben die Genossen allerorts bewiesen, wie man für Andere eintreten kann und was Solidarität heißt. Die Absicht der Unternehmer war, unsere noch junge, unausgebildete Organisation zu zerstören und zum Falle zu bringen. Das Gegenteil wurde erreicht. Jetzt erst kommen die Jagdgenossen zur Erkenntnis, daß wir uns fester und kräftiger organisieren müssen. Die ganze Angelegenheit war die beste Schule und das kräftigste Agitationsmittel, unsere Organisation zu stärken und Klassenbewußt zu machen. — Wie verlautet, soll sich Schmeißer Müller nach Arab begeben haben. Die ungarländischen Eisengießer werden ihm hoffentlich die gebührende Achtung entgegenbringen, und das sie ihn baldigst kennen lernen, dafür wird schnellstens gesorgt werden. Wir sprechen noch allen Genossen für die thätigste Unterstützung unseren Dank aus und werden stets am Platze sein, wenn es gilt, auch unsererseits unser Solidaritätsgefühl zu beweisen.

Frankfurt a. O. Am 6. Febr. fand eine Versammlung der hiesigen Verwaltungsstelle des D. M. V., Sektion der Formier, im Lokale des Herrn Gohmann statt. Auf der Tagesordnung stand Delegirtenwahl und Verschiedenes. Bei der Wahl erhielt Kollege Wintisch, hier, 9, und Kollege Friedrich-Breslau ebenfalls 9 Stimmen. Bei Verschiedenes wurde das Verhalten des Bevollmächtigten stark getadelt. Zum Schluß wurde auf Antrag mehrerer Kollegen beschlossen, die Kollegen Moritz Nöhler, Formier aus Leipzig, und Houbusch, Formier aus Wipphne, in der „Metallarbeiter-Zeitung“ bekannt zu machen, daß sie ihren Verpflichtungen gegenüber früheren Fachverein der Formier nachkommen möchten.

Reue. Wieder ist hier die Humanität der Herren „Arbeitgeber“ zu Tage getreten. Der Formier Suche wurde von Gebr. Westphal vor die Wahl gestellt, entweder aus der Arbeit zu treten oder aus dem Verband. Er hat Familienverhältnisse wegen sein Amt als Kassierer niedergelegt und ist auch aus dem Verband ausgetreten. Wie weit die Humanität der „Herren“ geht, wollen wir weiter bemerken. Ein Formier, welcher längere Zeit bei Gebr. Westphal hier gearbeitet hat, wurde im Herbst 1889 Soldat und diente bis 1891. Während dieser Zeit hatten die Herren ihm 20 M. geschickt. Bei der Losprechung des 1. Lehrlings rühmten sich die Herren damit, den Formier Gage während seiner Dienstzeit kräftig unterstützt zu haben. Als aber die acht Formier die Arbeit niederlegten und Genannter sich daran beteiligte, wurde ihm von diesen humanen Herren der Lohn auf Heller und Pfennig einbehalten mit dem Bemerkten, daß diese Unterstützung nur Voranschuß gewesen wäre. Somit mußte der betreffende Formier, anstatt Geld für die geleistete Arbeit zu erhalten, mit leeren Händen nach Hause gehen. Arbeiter, an diesem Beispiel lernt die Humanität der Herren kennen; läßt sich der Arbeiter ruhig ausbeuten, dann ist er den Herren angenehmer, aber weise demjenigen, der es wagt, sein gesetzlich gewährleistetes Recht auszuüben, der muß hinaus auf's Pflaster. Auf, Ihr Arbeiter, schließt Euch einer Organisation an, um diesem Treiben ein Ende zu machen. Vereinzelt sind wir nichts, vereinigt eine Macht!

Gelgießer und Gürtler.

Hamburg. Mitgliederversammlung des D. M. V., Sektion aller in Gelgießereien, Gürtlereien und Metalldrehereien beschäftigten Arbeiter Hamburgs und Umgebend, vom 3. Februar. Nachdem der Vorsitzende Schulz die Versammlung eröffnet hatte, machte er das Ableben des Kollegen Stellung bekannt, dessen Andenken von der Versammlung durch Erheben von den Eichen geehrt wurde. Es folgte die Wahl der Delegirten zum Gewerkschaftskongreß. Zur Deckung der Kosten hat jedes Mitglied 15 M. Ertragssteuer

zu entrichten. Den Delegirten soll kein gebührendes Mandat ertheilt werden. Grube erstattete Bericht vom Gewerkschaftskongreß. Bei der Mittheilung über die Denkschrift der Bäcker entspann sich eine lebhaftere Debatte. Wie erwähnt, daß es an der Zeit wäre, daß auch von den Gelgießern eine Petition abgefordert würde. Specially wies Diebner auf die Werkstatt des Herrn Meitel in Varmbeke hin, wo die Lehrlinge bis Noo: 11 und 12 Uhr arbeiten müßten, also eine wahre Ausbeutung der Lehrlinge stattfinde. Nachdem Schulz noch zu recht zahlreicher Theilnahme an der Beerdigung des verstorbenen Kollegen Stellung aufgefordert hatte, schloß er wegen der vorgerückten Zeit die gut besuchte Versammlung.

Klempner.

Düsseldorf. Es verlohnt sich wohl, etwige Umstände, die sich in der Eisstrank-Fabrik von Werner u. Bardach hier sichtbar machen, an die Öffentlichkeit zu ziehen. Diese Fabrik fertigt seit längerer Zeit eiserne Treppen, und werden die dazu gehörigen Schienen von Klempnern mit gezogenen Schwarzblechleisten bekleidet. Vor kaum einem Jahre gab es pro Meter solcher Leisten 80—90 M., nun sind aber durch etwige Kollegen die Preise auf 30 M. heruntergekommen. Jetzt, da nun wieder ein Posten solcher Schienen zu machen ist, erbot sich ein Kollege, dieselben nach Feierabend zu machen, worauf der Meister den Preis um 33 1/3 Prozent reduziert hat. Dem Schreiber dieses, welcher sich nebst einem anderen Kollegen weigerte, die Arbeit um den reduzierten Preis zu machen, da dieselben bei angestrebter Arbeit nicht einmal auf den Tagelohn kämen, sagte der Meister, Sie müssen doch zufrieden sein, daß Sie Arbeit haben, da Sie auf der „schwarzen Liste“ stehen. In Folge dessen haben wir aufgehört, da sich der Meister weigerte, uns andere Arbeit zu geben. Jetzt werden nun die betreffenden Schienen, wie wir in Erfahrung gebracht haben, in Stundenlohn bekleidet, wo die Fabrikanten nun wohl zu der Einsicht kommen werden, daß die Arbeit sich bedeutend theurer stellt. Meine Invalidenkarte ist auch von dem Fabrikanten durch zwei Tintenflecke gekennzeichnet, worauf ich mich auf dem hiesigen Rathhause beschwerte. Von dem betreffenden Herrn, der diese Sache verwalte, wurde mir auch zugestanden, daß diese Karte wohl Kennzeichen sein können und wurde mir eine neue Karte unentgeltlich ausgestellt.

Frankfurt a. M. Um auf den letzten Versammlungsbericht der Sektion der Spengler zurückzukommen, hätte ich es für angebracht gehalten, daß der Einsender desselben auch die Gründe angegeben hätte, weshalb ich gegen den Punkt: Auflösung der Sektion und Uebertritt in die allgemeine Verwaltung, protestirt habe, was wohlweislich unterblieb, und hole ich es somit nach. Es wurde schon öfters die Frage aufgeworfen, ob es nicht angebracht sei, die Sektion aufzulösen und in die allgemeine Verwaltung überzutreten. Das letzte Mal geschah dies in der letzten Versammlung des vorigen Jahres, es wurde da vorgeschlagen und beschlossen, den Ortsvertrammann zu veranlassen, in nächster Zeit eine öffentliche Spenglerversammlung einzuberufen und einen Referenten zu bestellen, der über das fragliche Thema sprechen sollte, was bisher aber noch nicht geschehen ist. Ich mußte mich deshalb gegen diesen Punkt der Tagesordnung aussprechen, weil man einen Versammlungsbeschluss nicht respektirt hat. Ein weiterer Grund, den ich gegen die Auflösung der Sektion angab, ist folgender: Beim Uebertritt in die allgem. Verwaltung würden uns nicht mal die Hälfte der jetzigen Mitglieder erhalten bleiben, diese Ueberzeugung haben die meisten Kollegen. Schon durch den Uebertritt zum Verband sind wir um ca. 100 Mitglieder zurückgegangen; dieses ist vielfach zurückzuführen auf die vielen restirenden Beiträge, die viele Kollegen schuldeten, und um dieser sich zu entledigen, blieb man der Organisation fern. Ein anderer Grund in dem Nächstgenannten liegt aber auch in persönlichen Verhältnissen und in der gefährlichen Agitationsweise verschiedener Kollegen zu suchen, worüber man sich schon öfters mißbilligend aussprach. Wir hoffen nun aber, daß durch unsere jetzige Agitationsweise, wie man sich in letzter Versammlung darüber aussprach, es gelingen wird, unsere Sektion immer mehr in die Höhe zu bringen, und die Erkenntnis in jedem Kollegen wachzurufen, sich zu organisieren. Hoffentlich gelingt es uns auch, unsere Mitgliederzahl auf mehrere Hundert zu bringen, um dann später mal in einer solchen stattlichen Zahl überzutreten in die allgemeine Verwaltung. Seinemann.

Frankfurt a. M. In der Versammlung der Sektion der Spengler vom 13. Febr. wurden drei Revisoren gewählt und zwar die Kollegen Bergmann, Neumann und Zwingerberger. Es wurde beschlossen, der schwach besuchten Versammlung wegen den Bevollmächtigten und Kassierer in der nächsten Versammlung zu wählen und die Mitglieder brüderlich einzuladen.

Münster. Die Sektion der Glaschner und Arbeiterinnen der Metallindustrie hielt am 14. Februar eine außerordentliche Mitgliederversammlung mit der Tagesordnung: 1) Delegirtenwahl zum Gewerkschaftskongreß in Halberstadt. 2) Verschiedenes. Im ersten Punkt wurden zunächst die Kollegen Heubek, Wegner und Berger per Affanation als Wahlkommission ernannt. Das Wahlergebnis ergab Folgendes: Scherr erhielt 37 Stimmen, Epplein 33 und Weßmann 3, somit waren Scherr und Epplein als Delegirte gewählt. Im zweiten Punkt theilte Bevollmächtigter Müller das Ergebnis vom Strauß'schen Antrag mit, betreffs der Annoncen des hier gegründeten Zweigvereins in der „Fränkischen Tagespost“, daß von jetzt ab dem Wunsche der Kollegen in der Maschinenbau-Aktiengesellschaft Rechnung getragen wird. Hierauf entspann sich eine längere Debatte über das flane Eingehen der ausgegebenen Fragelagen, welche damit endete, daß die anwesenden Kollegen den Auftrag erhielten, dieselben nun so schnell als möglich einzutreiben. Krauß stellt den Antrag, daß von jetzt ab unbedingt alle Vorschläge und Versammlungsberichte in der „Metallarbeiter-Zeitung“ bekannt gemacht werden, welcher angenommen wurde. Bevollmächtigter Müller hielt noch eine kurze Ansprache an die Kollegen und schloß hierauf die Versammlung.

Metallarbeiter.

Altenburg. Am 6. Februar hielt die hiesige Verwaltungsstelle des D. M. V. eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab, in welcher nach erfolgter Delegirtenwahl die Resolution des Hauptvorstandes zur Debatte gelangte. Sämtliche Redner erklärten sich damit einverstanden. Kollege Gebauer kam auf die Korrespondenz in der „M. Ztg.“ über die Kassierer Versammlung zu sprechen; derselbe hielt es für unverständlich, wie nach den Erfahrungen, welche die deutschen Metallarbeiter mit den Führern der Branchenorganisationen gemacht haben, unter unseren Mitgliedern noch derartige Vorschläge gemacht werden könnten. Zur Abschließung eines Kartells unter verschiedenen Körperschaften gehöre doch vor allen Dingen unbeschränktes Vertrauen in die ehrlichen Absichten des anderen Theils. Und ob wir daselbe gegen Leute wie Heßig hegen könnten, der hier in Altenburg die Personen, die durch unser Vertrauen an die Spitze gestellt wurden, als „Marionetten in Stuttgart, welche von Nürnberg aus gelenkt würden“, bezeichnete, müsse er bezweifeln. Daß diese Leute der deutschen Metallarbeiterbewegung durch ihre jahrelangen Quertreibungen und Schikanen den größten Schaden zugefügt, darüber herrsche wohl mit Ausnahme von Kassel unter den deutschen Metallarbeitern ein einstimmiges Urtheil. Im ähnlichen Sinne sprachen sich noch die Kollegen Storzewitz, Mohr und Schmid aus. Die Versammlung nahm dann folgende Resolution einstimmig an: „Die heutige Mitgliederversammlung der Zentralstelle Altenburg erklärt sich mit der Resolution des Hauptvorstandes vollständig einverstanden und erwartet von den gewählten Delegirten, daß dieselben auf dem Kongreß auf keinen Fall auf ein Kartell mit den Branchenzentralisationen eingehen, außerdem spricht die Versammlung die Hoffnung aus, daß auch die Berliner Kollegen bald ihrem Versprechen nachkommen und dem Verband beitreten.“

Dachheim. Am 7. Februar hielt die hiesige Verwaltungsstelle des D. M. V. eine außerordentliche Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung: 1) Vortrag von Herrn R. Dunkelberg über: Wie heißt das erste Gebot? 2) Delegirtenwahl zum Gewerkschaftskongreß. 3) Verschiedenes. Genosse Dunkelberg wurde in fast einstündiger Rede seiner Aufgabe gerecht und schloß seinen lehrreichen Vortrag mit den Worten: Das erste Gebot für den Arbeiter heißt: „Organisirt Euch!“ Welcher Beifall lohnte den Redner. Beim zweiten Punkt referirte Kollege Berger über die Bedeutung des Gewerkschaftskongresses. Auch dieser Redner erfüllte seine Aufgabe in vortrefflicher Weise. Nachdem die Kandidaten, welche in unserem Wahlbezirk aufgestellt, verlesen waren, schritt man zur Wahl und ging Kollege Berger aus derselben hervor. Im Punkt Verschiedenes wurde einem Antrag der Frankfurter Metallarbeiter gemäß von der Wahl eines Bezirksvertrammannes abgesehen und beschlossen, den seitherigen Bezirk in drei Bezirke zu theilen und die Agitation von den Verwaltungsstellen Frankfurt, Hanau und Mainz aus zu leiten. Eine Beschwerte wegen Auflösung einer Versammlung, welche schon von dem hiesigen Präsidium als unbegründet zurückgewiesen wurde, ist nun auch von der königl. Regierung in Wiesbaden als verspätet zurückgewiesen. Im Weiteren gab der Bevollmächtigte bekannt, daß Gasimir Wenz das Lokal gekündigt hat und wird deshalb eine Lokalkommission von 6 Mitgliedern gewählt. Dasselbe wird beauftragt, im Fall kein Wirthe Lokal zur Verfügung steht, wenn möglich ein Privattoikal zu mietzen, jedoch in

beiden Fällen einen Kontrakt abzuschließen. Kollege Borgemann macht der Versammlung bekannt, daß er wegen Uebereilung gezwungen sei, sein Amt als Kassierer niederzulegen. Es wurde Kollege Peterhans zum Kassierer gewählt.

Bielefeld. Am 4. Februar hielt die hiesige Verwaltungsstelle des D. M. V. eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab mit der Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder. Zahlung der Beiträge. Wahl des Delegirten zum Gewerkschaftskongreß. Nach Erledigung des 1. Punktes schritt man zur Wahl des Delegirten, wobei Kollege Schneider-Lübendiek mit 18 Stimmen gewählt wurde. Beim 3. Punkt legte Kollege Binder sein Amt als Bevollmächtigter nieder, da er wegen zu schlechtem Gesundheitsgang gezwungen ist, abzureisen. Bei der Neuwahl wurde Kollege Karl Wüchel, Oststraße 5, gewählt.

Bielefeld. Die öffentliche Metallarbeiter-Versammlung am 9. Februar hatte sich einer sehr regen Theilnahme zu erfreuen, es machten wohl über 400 Personen anwesend sein. Zum 1. Punkt der Tagesordnung: Hat die Gewerkschaftsorganisation einen Werth für die Arbeiter in Gegenwart und Zukunft? referirte Genosse Slowke in eingehender Weise. Zahlengemäß wies derselbe nach, daß entgegen der Leistungsfähigkeit der Arbeit der Arbeiter an den Kulturerrungenschaften immer mehr zurückbleibt, mit ihr also nicht gleichen Schritt hält; wohingegen der Gewinn des Unternehmertums sich ins riesenhafte steigert, das beweisen am besten die Ergebnisse der Selbsterschöpfung, durch welche in einzelnen Städten die Zahl der Millionäre auf das 5 bis 10fache höher ermittelt worden ist, wie bei den früheren Veranlagungen. Die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft wird eben auf die äußerste Spitze getrieben. Hiergegen müssen sich die Arbeiter durch die Organisation wehren. Aber auch für die Zukunft ist die Arbeiterorganisation von größter Bedeutung. Die Arbeiter haben doch den Gedanken, daß sie demaleinst berufen sind, die Arbeit nach kommunikativen und sozialistischen Grundfängen im Interesse der Gesamtheit zu organisieren. Es liegt doch nichts näher, als daß dann auch die Arbeiter über ein Mittel verfügen müssen, dies möglich machen zu können, und dazu wird ihnen gerade die Gewerkschaftsorganisation sehr zu statten kommen. Die Versammlung nahm hierauf folgende Resolution einstimmig an: „Die heute bei Wacker tagende öffentliche Metallarbeiterversammlung erklärt, daß es auch unter den schwierigsten Verhältnissen Pflicht der Arbeiter ist, für die gewerkschaftliche Vereinigung einzutreten, um einer vollständigen Verelendung der Arbeiter unter den gegenwärtigen Verhältnissen vorzubeugen und um für die Zukunft ein Mittel zu besitzen, die Arbeit im Interesse der Gesamtheit organisieren zu können.“ Beim 2. Punkte der Tagesordnung wurden die Vorgänge in der Baer und Kempel'schen Fabrik sehr eingehend besprochen und von allen Seiten der geplante Lohnabzug als vollständig ungerechtfertigt gekennzeichnet. Hierbei kam noch zur Sprache, daß auch einigen Drechern bei Dürkopp die Alfordpreise herabgesetzt sind. Auch die Erörterung dieser Punkte der Tagesordnung endigte mit der Annahme folgender Resolution: „Die heutige Versammlung protestirt auf das Entschiedenste gegen den geplanten Lohnabzug in den hiesigen Nähmaschinenfabriken, da die Arbeiter schon ohnehin bei wahren Hungerlöhnen ihr Leben fristen. Sollte es, um die Lohnreduktion abzuwehren, zu Arbeitseinstellungen kommen, so verpflichten sich die Versammelten, solidarisches für die Unterstützung der ausständigen Arbeiter einzutreten. Die Versammlung erwartet ferner, daß die Lokalverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes der ganzen Angelegenheit ihre volle Aufmerksamkeit zuwenden und durch weitere Versammlungen das Interesse für die Organisation fördern wtrb. Andererseits ist aber auch jeder Arbeiter verpflichtet, etwaige Lohnabzüge sofort zur Kenntniß der Lokalverwaltung zu bringen, damit diese in der Lage ist, sofort geeignete Gegenmaßnahmen zu unternehmen.“ Der Vorsitzende erklärte dann noch, daß in nächster Zeit einige Wanderversammlungen zur Agitation für den Metallarbeiter-Verband abgehalten werden sollen und schloß die Versammlung um 9 1/4 Uhr mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Metallarbeiterverband. Öffentlich ist nun endlich der starre Indifferentismus bei den hiesigen Metallarbeitern gebrochen und sie schaffen sich eine Organisation, welche wirksam ihre Interessen zu vertreten in der Lage ist, denn die Aussichten sind keine rosiggen, falls die alte Gleichgültigkeit bestehen bleibt.

Cannstatt. Die allgemeine Verwaltungsstelle des D. M. V. hielt am Sonntag, den 7. Februar, ihre Monatsversammlung im Gasthaus zum Lamm ab. Auf der Tagesordnung stand 1) Eingahlung und Aufnahme, 2) Wahl von zwei Delegirten zum Gewerkschaftskongreß in Halberstadt, 3) Fragelagen und Verschiedenes. Bei

Punkt 1 wurden drei Mitglieder aufgenommen. Bei Punkt 2 referierte der Bevollmächtigte über die am 23. Januar stattgefundene gemeinschaftliche Versammlung. Als Delegierte zu dem am 14. März tagenden Gewerkschaftskongress wurden A. Junge, Stuttgart und J. Wehrhahn, Freiburg gewählt. Bei Punkt 3 wurde beschlossen, die Versammlungen von Sonntags auf Samstags zu verlegen. Ferner sollte ein Kollege den Antrag, daß die Bibliothek der Arbeiterbildungsschule zur Verfügung gestellt werde. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, den Antrag auf die nächste Tagesordnung zu legen.

Eberfeld. Die am 30. Januar abgehaltene Mitgliederversammlung des D. M. V. war gut besucht. Auf der Tagesordnung stand: 1) Aufnahme neuer Mitglieder und Empfang der Beiträge. 2) Diskussion über die vom Hauptvorstand vorgeschlagene Resolution und Wahl der Delegierten nach Halberstadt. 3) Fragekasten und Verschiedenes. Nachdem sich 18 Mitglieder hatten aufgezählt, las der Schriftführer das Protokoll der Versammlung vom 16. Januar, welches eine längere Debatte wegen der 83 1/2 Proz. veranlaßte, wovon 5 Proz. dem Kassierer zustehen sollen. Kollege Selbach stellte den Antrag, diesen Punkt noch einmal zur Sprache zu bringen, wenn der Antragsteller in der Versammlung ist. Im zweiten Punkt verlas der Bevollmächtigte noch einmal die Resolution vom Hauptvorstand und wurde dieselbe ohne Veränderung angenommen. Dann wurde die Wahl der Delegierten per Stimmzettel vorgenommen. Im Fragekasten bestand sich die Frage: Wann werden die Delegierten zur Gewerkschaftskommission gewählt? Dieselbe wurde dahin beantwortet, daß sie im Februar in einer öffentlichen Versammlung gewählt werden. Im Verschiedenen legte der Schriftführer sein Amt nieder und wurde Kollege Pappel gewählt. Sodann fand noch eine längere Debatte über die Form der hauptsächlich über die Führer derselben, statt.

Freiburg i. Br. Am 6. Februar fand die halbjährliche Generalversammlung der hiesigen Verwaltungsstelle mit folgender Tagesordnung statt: 1) Bericht der örtlichen Verwaltung. 2) Stellungnahme zum Gewerkschaftskongress in Halberstadt. 3) Wahl der Delegierten. Zum ersten Punkt erstattete der Vorsitzende Wehrhahn den Geschäftsbericht, nach welchem die hiesige Verwaltungsstelle 88 Mitglieder zählt. Versammlungen haben 14 stattgefunden. Vorträge fanden 6 statt, und zwar über die Themen: Der Rückgang des Kleingewerbes, Soziale Wanderungen, Feuerbestattung, Die Arbeiterinnenbewegung und über Elektrotechnik. Der Kassierer verlas den Rechenschaftsbericht, welcher als richtig erkannt wurde. Zum zweiten Punkt kritisierte Wehrhahn den Entwurf der Generalkommission und sprach sich für die vom Vorstand und Ausschuss veröffentlichte Resolution aus, für welche sämtliche Delegierte des Verbandes einzutreten hätten. Bei Punkt 3, Wahl der Delegierten, wurden Junge, Verbandsvorstand, und Joh. Wehrhahn, Freiburg, gewählt.

Glückstadt. Am 30. Januar tagte im Vereinslokal unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Die Abrechnung vom Novbr. und Dezember ergab eine Einnahme von M 31,80, an den Hauptvorstand abgegangen 21,80, Bestand 11,80. Es war dies geprüft und für richtig befunden. Da unser Bevollmächtigter sein Amt niederlegen mußte, so wurde Kollege August Schmidt, Melkenstr. 36, gewählt, als Revisor Kollege Hermann. Nachdem hierauf Kollege Strauß den Zweck des Gewerkschaftskongresses erläuterte, wurde die vom Hauptvorstand und Ausschuss erlassene Resolution einstimmig angenommen. Als Delegierter zum Gewerkschaftskongress wurde Kollege J. Kienau in Neumünster einstimmig gewählt. Nachdem noch unter Verschiedenes einige Punkte erledigt wurden, wurde die schwach besuchte Versammlung geschlossen. — Briefe und sonstige Sendungen sind zu richten an Schloffer G. Strauß, Glückstadt, Schlachterstraße 11, bei Wienert.

Halle a. S. Auf der Konferenz der Metallarbeiter der Provinz Sachsen, die am 30. Januar in Halle zusammentrat, wurde über die Lage der Arbeiter dieses Gewerbes folgendes berichtet: Die Löhne der Schloffer variieren zwischen 19—45 J pro Stunde, jedoch wird der Lohn von 45 J nur in den seltensten Fällen gezahlt, so daß ein Durchschnittslohn von 30 J pro Stunde anzunehmen ist. Bei den Eisen- und Metalldrehern sind die Verhältnisse ähnliche; letztere arbeiten meist im Akkord. Die Arbeitszeit beläuft sich im Durchschnitt jetzt auf 11, während im Sommer 12—13 Stunden gearbeitet wird. In organisatorischer Beziehung bleibt noch viel zu wünschen übrig. Die Schmelze bezieht einen Durchschnittslohn von 27 J pro Stunde. Die Arbeitszeit variiert zwischen 12 und 13 Stunden pro Tag. Das Junktwesen ist bei dieser Branche noch vorherrschend. Die Organisation wird als mangelhaft bezeichnet, dergleichen die der Resselschmiede, welche sich in ähn-

lichen Verhältnissen wie die Schmiede befinden. Von den Feilenhauern wird erwähnt, daß die Hälfte derselben organisiert und die Lehrlingszählerei vorherrschend ist. Die Klempner arbeiten durchschnittlich 10 Stunden und begehren einen Durchschnittslohn von 30 J. Der Delegierte der Formier berichtet, daß in Halle ca. 220 Formier beschäftigt sind, wovon zwei Drittel der Organisation angehören. Die Lehrlingszählerei ist auch in diesem Gewerbe zu einem Ausbeutungs-Institut geworden, da sehr viele Arbeiter zu Hilfsarbeitern an Formmaschinen und dergleichen verwendet werden. Die Löhne der Formier sind noch etwas günstiger, als die der übrigen Metallarbeiter, was aber nur eine Folge ihres soliden Zusammenwirkens in der Organisation ist. Redner bespricht dann das Vorgehen einiger Gleisereibesitzer, welche die flane Geschäftszeit zu einem systematischen Herunterdrücken der Akkordpreise bedingen, auch unterlegt er das Vorgehen der Direktion der Halle'schen Aktien-Maschinenfabrik einer scharfen Kritik, da dieselbe trotz der hohen Dividende (35 Proz.) sofort Arbeiter entlasse, wenn das Geschäft nur einigermaßen eine ungünstige Konjunktur annimmt. Im Allgemeinen sei die Lage der Formier nicht als eine beneidenswerthe zu bezeichnen. Der Delegierte von Quedlinburg entrollt über die Metallarbeiter in der Gegend ein ganz besonders trauriges Bild. Arbeiter, welche in Thale a. H. bei einer Firma 8 Jahre beschäftigt gewesen und sich erlaubten, den Meistrenten einer gewerkschaftlichen Versammlung nach der Bahn zu begleiten, wurden sofort aus der Arbeit entlassen. Bei Eintritt in das Arbeitsverhältnis müssen die Kollegen ein politisches Glaubensbekenntnis ablegen; wer dies nicht tut, bekommt keine Arbeit. In einigen Metallwarenfabriken sind ein Drittel Frauen beschäftigt, welche für 6—7 M pro Woche arbeiten. Der Lohn für Eisenarbeiter beträgt durchschnittlich 12 M. Auch paßte es, daß Arbeiter, welche im Akkord beschäftigt sind, in den ersten Wochen ihrer Beschäftigung mit 5—6 M fürlieb nehmen müssen. Die Lehrlingsausbeuterlei ist in der Gegend am Plage wie auf keinem anderen Orte. Die Arbeitszeit beläuft sich durchschnittlich auf 12 Stunden, auch kommt es vor, daß Fabrikanten von früh 6 Uhr bis Abends 10 Uhr arbeiten lassen mit Unterbrechung von nur einer Stunde Mittagspause. Einige Familienhälter, welche mit ihrem Lohn nicht existieren können, nehmen sich aus der Fabrik die Arbeit mit nach Hause und beschäftigen ihre Familie noch nebenbei. Die Behörden sollen in jeder Beziehung dem Kapital zur Seite stehen, was daraus hervorgeht, daß die Anmeldungen von Vereinsmitgliedern bei den Behörden häufig die Maßregelung jener Kollegen aus ihren Arbeitsstätten zur Folge hatte. Forderungen auf Erhöhung des Lohnes oder Verkürzung der Arbeitszeit sind häufig in der Gegend gestellt worden, aber meistens durch das Dazwischentreten der Firch-Dundorianer Illustriert gemacht worden. Wenn die dortigen Fabrikanten Arbeiter suchen, so annoncieren dieselben stets: "Gewerkschaftler werden bevorzugt." Hieraus geht hoch gewiß hervor, daß die Behörden zulassen pflichten. In der letzten Zeit hat die Bewegung Fortschritte gemacht, da bereits 80 Personen zum Verband getreten sind. Redner empfiehlt zum Schluß, daß die Metallarbeiter in allen Orten auf unabhängige Personen als Leiter der lokalen Organisationen bedacht sein möchten, um Maßregelungen möglichst vorzubeugen. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Bernburg, Halberstadt, Eilenburg und Oschersleben werden von den Delegierten ähnlich wie die Halle'schen beleuchtet.

(Da uns ein Bericht nicht zugegangen, so haben wir Vorstehendes dem „Vorwärts“ entnommen. Red.)

Soburg. Am 31. Januar hielt die hiesige Verwaltungsstelle ihr erstes Vergnügen, welches in Abendunterhaltung und darauffolgendem Tanzchen bestand. Kollege Boseler hielt nach der Abendunterhaltung eine kurze Ansprache an die Anwesenden und brachte auf den deutschen Metallarbeiter-Verband ein dreifaches Hoch aus, in das die Anwesenden mit einstimmten. — Am 6. Febr. hielt die hiesige Verwaltungsstelle ihre Versammlung ab mit der Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder. Zahlung der Beiträge. Wahl eines Delegierten zu dem in Halberstadt tagenden Gewerkschaftskongress. Verschiedenes. Anwesend waren von 25 Mitgliedern nur 15. Nachdem der 1. Punkt erledigt wurde, zum 2. übergegangen, wozu zu bemerken ist, daß die hiesigen Mitglieder ihren Pflichten in vollem Maße nachgekommen sind. Dann wurde zur Wahl eines Delegierten geschritten. Kollege Boseler legte mit kurzen Worten die Gründe zu dem Kongress dar. Vermittelt Stimmzettel wurde Kollege Gebauer-Altenburg mit 11 Stimmen gewählt. Kollege Schneegaz erhielt 4 Stimmen. Hierauf wurde von Kollege Naumann der Antrag gestellt, daß, wenn der Kongress zu Ende,

der Delegierte uns hier persönlich Bericht erstatten soll, welcher Antrag zum Beschluß erhoben wurde.

Heuß. Dem indirekten Druck nachgebend, hat der Wirt und das Lokal entzogen. Die Genossen tragen wohl auch nicht wenig dazu bei, indem sie lieber in Lokalen verkehren, wo für unsere Versammlungen nie Raum war noch sein wird, vom Besuch der Mitgliederversammlungen nicht zu reden. Will die Verhältnisse hier liegen, wird es schwer halten, ein neues Lokal zu bekommen. Den Arbeitern kann aber nicht zugemutet werden, daß sie ihre sauer verdienten Groschen den Wirthen zutragen, am allerwenigsten zu einer Zeit, wo in der Woche nur 2—3 Tage gearbeitet wird, wie es hier in der größten Feilenhauerei seit fast einem halben Jahre der Fall ist. In einer Stadt wie Heuß, wo man von allen Seiten die Organisation der Arbeiter sprengen möchte, muß es unsere Aufgabe sein, dieselbe zu erhalten, und dazu gehört ein Lokal. — Der Kassierer hat seinen Posten abgelegt und sind die Beiträge bis auf Weiteres an den Bevollmächtigten, wohnhaft Marienstr. 15, zu entrichten. Diejenigen Metallarbeiter, welche wünschen, daß die Verwaltungsstelle Heuß erhalten bleibt, werden ersucht, Sonntag, 21. Februar, Nachmittags 4 Uhr, im Restaurant Häsgen, Wiltgerstr. 50, zu erscheinen.

Offenbach a. M. Die hiesige allgemeine Verwaltungsstelle des D. M. V. hielt am 8. Februar ihre regelmäßige Mitgliederversammlung. Auf der Tagesordnung stand: 1) Wahl eines Delegierten zum Gewerkschaftskongress. 2) Der Bezirk Hessen, Nassau und Frankfurt. In der Versammlung waren leider nur 53 Mitglieder erschienen. Nachdem der Vorsitzende seine Mitteilung über den schlechten Besuch ausgesprochen, wurde zur Wahl des Delegierten geschritten, es wurden 53 Stimmen abgegeben, wovon 1 auf Kollege Berger, 1 auf Kollege Krämer und 50 auf Kollege Donges fielen, 1 Stimm war unbeschrieben. Betreffs des Bezirks verlas der Vorsitzende ein Schreiben des Ausschusses in Frankfurt an einen der dortigen allgemeinen Zahlsteuer. Sämtliche Redner waren der Ansicht, daß zur Regelung der Mißstände innerhalb des Bezirks unbedingt eine Konferenz abgehalten werden müsse und dies dem Ausschuss umgehend mitzuteilen sei, was einstimmig beschlossen wurde. Ferner wurde die Ansicht geäußert, die durch die Konferenz entstehenden Kosten aus dem Drittel der 33 1/2 Prozent zu bestreiten. Der Vorschlag der Frankfurter, den Bezirk in drei Teile zu spalten, wurde entschieden kritisiert, insbesondere wurde bedauert, daß sich die Frankfurter Kollegen das Armutsgesetz ausstellen, der Bezirk sei zu groß und könne die Agitation nicht genügend betreiben werden, indem Kollege Schlichte seiner Zeit trotz der größten Arbeit sein Amt zur größten Zufriedenheit verwaltet hätte. Es sei durch den Verband der Parteivertrag bezüglich des Reiseunterstützungswesens in Wegfall gekommen, somit hätte sich der Vertrauensmann nur mit der Regelung der Agitation zu beschäftigen und brauche durchaus nicht selbst Agitator zu sein, nur sollten sich die agitatorischen Kräfte dem Vertrauensmann zur Verfügung stellen. Es wurde noch beantragt und einstimmig beschlossen, die Konferenz nach Hanau (als erste Antragssteller), Gießen oder Wiesbaden zu verlegen. Nachdem noch einige Vereinsangelegenheiten erledigt, schloß der Vorsitzende die Versammlung um halb 12 Uhr.

Hade u. Wald. Am 1. Febr. wurde hier eine Verwaltungsstelle des D. M. V. gegründet, dieselbe zählt 41 Mitglieder. Die Ortsverwaltung besteht aus den Kollegen: Rich. Fischer, Bevollmächtigter, F. Bernhard, Kassierer, Julius Wirth, Fern. Roth, Wilh. Krauskopf als Revisoren. Unser Verkehrslokal befindet sich bei Herrn Fern. Fiedinghaus. Bei dem — leib r so großen — Indifferentismus der hiesigen Kollegen hat sich die Gründung so weit hinaus geschoben; doch der Anfang ist gemacht. An den Mitgliedern wird es jetzt ein, mit Wort und Tat für die weitere Ausbahrung unserer Organisation einzutreten, damit wir uns bald den übrigen Verwaltungsstellen Deutschlands ebenbürtig zur Seite stellen können. Darum frisch an's Werk! Kollegen, wir sind den Kampf gewohnt, unser ganzes Leben ist ein Kampf, darum laßt uns nie ermüden zu kämpfen für unsere gerechten Bestrebungen, für unsere und unserer Mitbürger bessere Lebensstellung. Dies kann nur erreicht werden durch eine kräftige, lebensfähige Organisation. Denn, Kollegen, schaut um Euch in der Natur, im öffentlichen Leben, überall wird Euch der Beweis, wie nur durch ein geschlossenes Zusammenwirken etwas Erprobliches möglich wird. — Den reisenden Kollegen diene zur Nachricht, daß die Unterstützung beim Kassierer Fr. Bernhard, Rottenstr. 12, zu jeder Tageszeit ausbezahlt wird.

Hadeberg i. S. Bezugnehmend auf den Artikel in Nr. 6 „Zur Agitation“ fühlen wir uns veranlaßt, bekannt zu geben, daß wir eine rege Agitation, wenn auch in der Stille, betreiben. Wir haben uns der

Verwaltungsstelle Dresden angeschlossen, um Maßregelungen aus dem Wege zu geben, die bei dem jetzigen unglückigen Geschäftsgange sehr leicht möglich sind. Wir haben hier jetzt noch schwere Kämpfe durchzumachen, erkens mit der indifferenten Masse der Arbeitkollegen, weil hier bis zur Zeit noch keine Fasorgorganisation bestanden hat; zweitens mit dem Firch-Dunder'schen Gewerkschaft, welcher im Verhältnis zu der hiesigen Metallarbeiterzahl auch nicht sehr stark ist, sich aber doch stark genug fühlt, die Sozialdemokratie durch Verkauf der Eugen Mayer'schen „Lehren“ zu bekämpfen. Unser Versuch ist aber gänzlich mißlungen. Wir hoffen, zum Troste des Gewerkschafts noch eine ziemlich Mitgliederzahl bezeichnen zu können; denn binnen kurzer Zeit sind wir auf 26 Mann herange wachsen.

Schmalzkalden. Die hiesige Verwaltungsstelle hielt am 7. Februar ihre regelmäßige Versammlung ab mit der Tagesordnung: Wahl des Delegierten. Wahl eines Bevollmächtigten. Verschiedenes. Als Delegierter wurde Genosse Gebauer-Altenburg gewählt. Nachdem der Bevollmächtigte die Resolution, welche vom Vorstand und Ausschuss abgefaßt ist, verlesen hatte, stellte er dieselbe zur Diskussion. Die Redner sprachen sich alle für die Resolution aus und wurde dieselbe einstimmig angenommen. Es sprachen sich noch einige Mitglieder dahin aus, auf dem Gewerkschaftskongresse nur an den Frankfurter Kongreßteilnehmern festzuhalten. Zum 2. Punkte der Tagesordnung legte der Bevollmächtigte den Mit. Liebern klar, in welcher absehbare Weise gegen ihn von Seite der Gegner gearbeitet würde, und könne er unter solchen Umständen sein Amt als Bevollmächtigter nicht mehr weiterführen; er sehe sich deshalb veranlaßt, von Schmalzkalden abzureisen. Einzelne Mitglieder stellten den Antrag, die Wahl auf den 27. Februar zu verlegen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Der 3. Punkt der Tagesordnung soll ebenfalls in der nächsten Versammlung verhandelt werden und werden deshalb die Mitglieder gebeten, sich recht zahlreich an der Versammlung zu beteiligen.

Stuttgart. Am 6. Februar hielt die Verwaltungsstelle des Metallarbeiter-Verbandes ihre Mitgliederversammlung ab mit der Tagesordnung: 1) Delegiertenwahl zum Gewerkschaftskongress. 2) Sonntagruhe. 3) Bericht über die gemeinschaftliche Sitzung. 4) Wahl zweier Ersatzmänner zum Unterstützungskomitee. 5) Verschiedenes. Nach Verlesen des Protokolls begann der Vorsitzende mit der Bekanntmachung der eingegangenen Wahlvorschlüge und der Handhabung der vorzunehmenden Wahl. Abgegeben wurden bei derselben 31 Stimmen. Genosse Pfeiffer als Richter des Gewerbegerichts übernahm das Mejerat zum zweiten Punkt und teilte mit, daß es wie sether in unserer Branche polizeilicher Erlaubs bedarf, um die Sonntagruhe zu sichern, und daß schauerhafte Resultate erzielt wurden durch die hier ausgegebenen fünf Fragebogen, welche in 19 Kategorien eingeteilt worden sind. Er müsse bedauern, daß vom Ministerium Ausnahmebestimmungen geltend gemacht worden seien. Der dritte Punkt rief eine lebhafteste Debatte hervor, da der nun in den Verband übertretende Lokalverein die Wahl einer neuen Verwaltung verlangt, die Wahlstelle dagegen nicht anerkannte, da nur Konfusionen entstehen würden. Der Antrag Schlichte, der Ortsverwaltung nach Uebertritt des Lokalvereins zu überlassen, ob eine Neuwahl oder Ergänzungswahl notwendig ist, wurde angenommen. Ein weiterer Antrag, nach Uebertritt genannten Vereins eine öffentliche Agitationsversammlung einzuberufen, wurde ebenfalls angenommen. Die Kollegen Munt und Scheich wurden als Reiseunterstützungsbeamte unter dem dritten Punkt vorgeschlagen und von den Anwesenden anerkannt. Bei Verschiedenem wurde von einem Kollegen angefragt, ob das aufgenommene Geld des Lokalvereins auch von den Mitgliedern des Verbandes helfen gedeckt werden solle. Von Seiten des Bevollmächtigten wurde die Frage dahin beantwortet, daß es sogar Pflicht eines jeden Metallarbeiters sei, an der Sache mitzuarbeiten.

Weimar. Am 30. Januar fand in Landoys's Restaurant die Mitgliederversammlung des D. M. V. Weimar statt. Tagesordnung: Lagezahlen. Delegiertenwahl zum Halberstädter Kongress. Verschiedenes. Nachdem der erste Punkt der Tagesordnung erledigt war, wurde zur Wahl eines Delegierten geschritten. Da Genoss Paul Gebauer schon in unserer letzten Versammlung vom 16. Januar vorgeschlagen war, wurde, um eine Zerplitterung der Stimmen zu verhindern, von mich: Vorschlägen abgesehen. Genosse Gebauer wurde einstimmig gewählt. Nachdem noch unser Vertreter aus der Gewerkschaftskommission Bericht erstattet hatten, wurde die Versammlung geschlossen.

Widau. Die am 6. Februar im „Beiwede“ stattgefundene öffentliche Metallarbeiterversammlung besaßte sich in der Hauptsache mit der Wahl zweier Delegierten

zum Halberstädter Kongress. Gewählt wurden die Kollegen Schiemann-Weipitz und Zuchschwerdt-Ghemnitz. Kollege Zuchschwerdt war selbst anwesend und hatte das Referat für diesen Abend übernommen. Die Versammlung war von einem guten Geiste besetzt und nahmen die Debatten einen glatten Verlauf.

Schlager.

Preußen. Am 6. Februar fand eine öffentliche Versammlung in Sell's Geschäft, N. Brüdergasse, statt, in welcher auch die Feingoldschläger anwesend waren. Nachdem Kollege Michal einen kurzen Rückblick auf unseren ins Wasser gefallenen Streit gegeben und die Umstände klargestellt hatte, welche an dem Verlorengehen desselben Schuld getragen, ermahnte derselbe die Kollegen, dessen ungeachtet noch fester zur Organisation zu halten. Zum 2. Punkt der Tagesordnung verlas Kollege Hennig die Abrechnung des Streit- und Agitationsfonds; derselbe ergab einen Ueberschuß von 22,04. Hierauf wurde einstimmig beschlossen, diesen Fonds weiterbestehen zu lassen. Alsdann gab Vertrauensmann Otto Müller Bericht über die für die noch ausgesparten Kollegen gesammelten Gelder. Von arbeitenden Kollegen Kollegen wurden aufgebracht 121,30. Erwähnenswert ist, daß die Lage des Streiks eine gute war, Beweis dafür ist, daß wir gegenwärtig keine Arbeitslosen zu verzeichnen haben und jetzt 20-30 Schiffe mehr beschäftigt sind, als vor dem Streit. Die Feingoldschläger, welche gegenwärtig dem Gold- und Silberarbeiterverbände angehören, gaben kund, daß die Arbeiten zum Uebertritt in den Metallarbeiter-Verband bereits im Gange sind. Darauf kam Kollege Grad auf den Gewerkschaftskongress in Halberstadt zu sprechen und ersuchte die Kollegen, nur einen solchen Mann dorthin zu senden, welcher sich seiner Aufgabe voll und ganz bewußt ist.

Mürnberg. Am 1. Februar hielt die Sektion der Metallschläger eine außerordentliche Generalversammlung mit der Tagesordnung: Halberstädter Kongress und Wahl der Ortsverwaltung, ab. Der Vorsitzende verwies auf die in Nr. 3 enthaltene Bekanntmachung des Vorstandes, sowie die vorgeschlagenen Kandidaten. Gewählt wurden die Genossen Scherm und Formel Epplein. Zum 2. Punkt wurden, nachdem der festsitzende Verwaltung ein Mißtrauen entgegengebracht und dieselbe gezwungen war, zurückzutreten, folgende Kollegen gewählt: als Vorsitzender Joh. Sandböcker, als Kassirer Mich. Schuerlein, als Schriftführer J. Schmidt, als Revisor Fr. Tischbörfer. Alle Briefe und Anfragen an Joh. Sandböcker, Wögelborferstraße 31.

Schmiede.

Mürnberg. In der am 6. Februar abgehaltenen Mitglieder-Versammlung der Sektion der Schmiede fand auf der Tagesordnung: 1) Aufnahme neuer Mitglieder. 2) Wahl von zwei Delegirten zum Halberstädter Gewerkschafts-Kongress. 3) Vortrag. 4) Fragekasten und Verschönerung. Nachdem der erste Punkt durch Aufnahme von zwei Kollegen erledigt war, wurden zwei Delegirte gewählt, wobei vom Vorsitzenden die Interessenlosigkeit der Mitglieder getadelt wurde, indem von 180 Mitgliedern bloß 24 zur Versammlung erschienen sind. Hierauf hielt Herr Spörl einen Vortrag über Entwürdigung der Völker. Nebst dem am Schlusse seines ausführlichen Vortrages darauf hin, daß sich die Zukunft jetzt in 10 Jahren mehr ändern, als früher in 100 Jahren. Zum vierten Punkt waren drei Fragen eingelaufen, welche beantwortet wurden. Nachdem noch betreffs Agitation einige Angelegenheiten geregelt waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Feilenhauer.

Speyer. Die hiesigen Feilenhauer sind im Streit und ihr Zug strengstens fernzuhalten.

Preußen. Die Depesche in Nr. 5, betreffend Fernhaltung des Zugangs der Feilenhauer von Dresden und Umgegend, galt bezüglich der Firma Louis Berger in Hermsdorf b. Dresden (früher in Cotta), und zwar wegen einer Lohnreduktion von 9 bis 25 Proz., welche von Neujahr an in Kraft trat. Bisher wurde nach Memschneider Preisen vom Jahre 1888 gearbeitet und hatten die meisten Arbeiter Verträge vom 21. April 1891 bis 23. April 1893, nach dieser Zeit jährliche Kündigung. Zugehörig war gutes Werkzeug, auch Säbmer. Doch wähl ein jämmerliches Werkzeug! In den Säbmern keine Stiele (ein nahe gelegener Wald ließ vielstark tief bliden), zum Schleifen ein alter verrosteter Mühlstein, der, wenn er von Zeit zu Zeit abzurichten nöthig wurde, einen ganzen Tag Arbeit erforderte, die umsonst geleistet werden mußte. Wenn Schmiede oder Schleifer Arbeit verbarben, mußten wir sie auch unentgeltlich verbessern und dies geschah ebenfalls sehr oft 2-3 Stunden. Hat Jemand irgend

eine Beschwerde, heißt's einfach, wenn's Ihnen nicht paßt, so gehen Sie doch anderwärts. Also reduzierter Lohn, jämmerliches Werkzeug und schlechte Behandlung, so sind die Zustände in der Berger'schen Feilenfabrik in Hermsdorf bei Dresden. Zur weiteren Charakterisirung dieser Firma diene folgende Zeitungsannonce: „Die Feilenfabrik und Dampfschleiferei von Louis Berger, Cotta-Dresden, jetzt in Hermsdorf, gegründet 1861 liefert aus bestem Rheinl. Stahl Gußstahlfellen 20-40 Proz. billiger, da Arbeitslöhne hier bedeutend billiger wie im Rheinland.“ — Ein Kommentar dazu ist überflüssig.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Wir ersuchen die Zentralwahlkomitees, uns die Wahlergebnisse sowie die genauen Namen und Adressen der gewählten Delegirten möglichst umgehend mitzutheilen, damit wir ihnen die Mandate sowie etwaige auf den Kongress bezügliche Mittheilungen rechtzeitig zustellen können.

Desgleichen bitten wir diejenigen Vertrauensmänner, die das Wahlergebnis uns noch nicht eingesandt haben, dies umgehend zu thun.

Im Falle einer unvorhergesehenen Verhinderung eines Delegirten tritt Derjenige als Ersatzdelegirter ein, der nach ihm in dem betr. Wahlbezirk die nächsthöchste Stimmenzahl aufweist.

In Betreff der Delegirtensteuer machen wir nochmals bekannt, daß diese von jedem Mitgliede (auch von den weiblichen sowie den auf der Reise befindlichen) im Monat Februar zu erheben und bis spätestens 1. März voll an die Verbandskasse abzuliefern ist.

Es ist mehrfach vorgekommen, daß Einzelmitglieder, die an die Verbandskasse zahlen und die ohne Abmeldung beim Vorstande und ohne Legitimation abreisten, an dem nächsten Verbandsorte die Abmeldung in's Mitgliedsbuch eingetragen und eventuell eine Reiselegitimation ausgefertigt erhielten. Dies ist nach den Vorschriften für Reiseunterstützungsausgeber und Empfänger, Seite 13 des Mitgliedsbuches, aber nur dann zulässig, wenn die die Abmeldung eintragende Ortsverwaltung umgehend Nachricht von der Abmeldung nach hier gibt (hierzu genügt Postkarte). Wir ersuchen die Verwaltungen, sowie die Einzelmitglieder (die letzteren in ihrem eigenen Interesse) dies genau zu beachten, da wir sonst gezwungen sind, die Namen der ohne Abmeldung Abreisenden zu veröffentlichen, um so die Auszahlung der Unterstützung zu verhindern.

Trotz wiederholter Bekanntmachungen werden leider immer noch viele Fehler in der Auszahlung der Wanderunterstützung gemacht, so daß wir hier nochmals darauf hinweisen, daß wir künftighin alle Verwaltungen stellen, welche gegen das Statut, sowie unsere Bekanntmachung verstoßen, für den entstandenen Schaden verantwortlich machen und an dieser Stelle unter Hinweis auf ihre Fehler veröffentlichen werden.

Es werden auch häufig auf Seite 35 („Bemerkungen“) ganz nichtssagende Notizen, wie z. B. „Inhaber hier keine Arbeit erhalten“, oder „Wegen Lohn Differenzen zur Abreise gezwungen“ u. dergl., wodurch in ganz kurzer Zeit die für Bemerkungen reservirte Seite vollends beschriebener und unbrauchbar wird. Wir ersuchen, dies künftighin zu unterlassen, da die Bemerkung des ersteren Inhalts aus der Verabfolgung einer Reiselegitimation ohne Weiteres hervorgeht. Die zweite Bemerkung hat aber insofern absolut keinen Zweck, als für den Fall, daß wirklich Lohn Differenzen vorliegen, der **Verbandsvorstand**, nicht aber die Ortsverwaltung, eine etwa früher eintretende Unterstützungsberechtigung zu beschließen hat.

In Folge verschiedener an uns gerichteter Unterstützungsanträge nach § 2c sehen wir uns zu der Erklärung veranlaßt, daß die Bestimmungen dieses Paragraphen nicht anwendbar bei jeder Arbeitslosigkeit, sondern nur da, wo der Nachweis der Bedürftigkeit thatsächlich erbracht worden ist. Es kann aber in diesen Fällen höchstens eine einmalige, nicht aber eine nach einem bestimmten Tag pro Woche längere Zeit andauernde Unterstützung eintreten, wie das ja aus der auf dem Frankfurter Kongress statgefundenen Statutenberathung, in welcher eine regelmäßige Arbeitslosenunterstützung abgelehnt wurde, zur Genüge hervorgeht.

Welsch werden von den Ortsbeamten für verlorene Mitgliedsbücher neue, mit anderen Nummern ausgestellt. Dieses ist nicht statthaft, Ersatzbücher stellt nur der Vorstand aus.

Ferner machen wir darauf aufmerksam, daß von den nachfolgenden Orten der Zugang der Arbeiter der benannten Verufe fern zu halten ist: Formel von Peine, Feilenhauer von Ghemnitz, Dresden und Speyer.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an die Adresse des Hauptkassirers

Ed. Goldbach, Stuttgart, Kurze Str. 3, part.

zu richten, und ist auf dem für Mittheilungen bestimmten Postabschnitt zu bemerken, ob das Geld überweisenen Vermögen eines aufgelösten Vereines, Einschreibegeld, für Beiträge oder der Erlös für Agrarmarken, Kongressprotokolle oder Delegirtensteuer ist. Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Abrechnung der Hauptkasse pro Januar 1892.

Einnahme. Kassenbestand bei der letzten Abrechnung 1738,86. Von aufgelösten Vereinen: Metallarbeiter, Offenbach 10. Metallarbeiter, Brandenburg 7,80. Innungsleiter, München 77,10. Einschreibegeld und Beiträge: Nürnberg, Rosh, und Stodengießer 55,20. München, Feilenhauer 26,50. Witten 61. Remscheid, Feilenhauer 80. Wiesbaden 40. Weibert 29,60. Barmen 20,00. München, Metallarbeiter 9,47. Gasse 28,90. Magdeburg, Klempner 6,60. Döberlo 13,10. Frankfurt a. M., Klempner 48,50. Glauchau B. P. 11,08. Halberstadt 4,50. Köln a. Rh. 52,40. Ruffelsheim 11,10. Cannstatt, Schmiede 21,60. Neutlingen 15,53. Breslau, Klempner 87,90. Minden b. Hannover 147,10. Weine 2,40. Torgau 18,30. Halle, Klempner 20. Gera 2,40. Schwabach, Innungsschläger 41,50. Duisburg 6,90. Coburg 18,80. Woinheim 28. Offenbach, Metallarbeiter 21,10. Rostock 20. Hamburg, Mechaniker 80. Altona, Schlosser 70,82. Sangerhausen 3. Saalfeld 80,40. Ludwigshafen 25. Wolfenbüttel 29,04. Zeitz 59,80. Frankenthal 30. Nürnberg, Metallschläger 87,64. Fulda 11,50. Stettin 22. Elbing 13,98. Bant b. Wilhelmshafen 151. Weimar 10. Brandenburg 72,80. Jahr 9,90. Nürnberg, Metallarbeiter 24,10. Heilbronn 21,86. Flensburg 22,86. Neuß 13,60. Königberg 26,54. Solingen 38,25. Heidelberg 30. München 225,11. Ravensburg, Formel 15,85. Rosh a. S. 40. Wilschappel B. P. 57,50. Siegen 25,90. Mülheim a. Rh. 51,80. Gomburg 17,40. Altona, Feilenhauer 14,90. Weislingen 12,50. Gluckstadt 21,80. Queblinburg 30,40. Nürnberg, Mechaniker 11. Nürnberg, Schmelze 51. Oberndorf a. N. 28. Altona, Klempner 44,55. Siegen, Spengler 10,24. Gassen, Formel 84,88. Garburg 167,89. Kiel 218,87. Weipitz G. S. 21,85. Braunschweig, Schlosser 154,50. Kaiserslautern, Formel 80. Fürstenwalde 12. Neutlingen, Formel 19,70. Nürnberg, Formel 73,94. Essen 100. Herford 44,90. Nürnberg, Metallarbeiter 79,50. Braunschweig, Feilenhauer 10. Schwenningen 20. Fegenhelm 20,41. Gmünd 25,72. Paruschowitz 26,60. Wald 24,60. Wegeln 48,80. Göditz a. M. 8,70. Gera 40,96. Solingen 4,25. Elberfeld 50. Pforzheim 29,30. Bernburg 21,74. Jena 28,40. Altenburg 60. Gassen 0,60. Durlach 87,07. Dresden B. R. 70. Sangerhausen 15. Sangerhausen 20. Altona 28,02. Nürnberg, Schlosser 200. Nürnberg, Glascher 60,27. Mannheim-Ludwigshafen, Spengler 37,99. Cannstatt, Formel 44,50. Einzelmitglieder der Hauptkasse 88,45. Extramarken: Cassel 20. Wiesbaden 3. München, Metallschläger 4,60. Peine 12,30. Torgau 0,80. Offenbach, Metallarbeiter 10. Rostock 8,40. Saalfeld 9,60. Kaiserslautern 8,50. Wolfenbüttel 2,70. Stettin 8,70. Elbing 10. Brandenburg 9,90. Jahr 0,60. Frankfurt a. O. 8,40. Kiel 2,20. Braunschweig, Schlosser 45,60. Fürstenwalde 8. Einzelmitglieder der Hauptkasse 2,80. Delegirtenmarken: Einz. mitgl. d. Hauptk. 5,10. Extramarken: Remscheid, Ueberschuß vom Feilenhauerverein 36,52. Minden b. Hannover für Zeitung an Nichtmitglieder 2,90. Neuß, bezügliche 0,27. Für Agitation: Frankfurt a. O. 7,60. Pforzheim 7,50. Bezüglich Porto der Hauptkasse 7,95. Protokolle 37,40. Summa 6532,65.

Ausgabe. „Metallarbeiter-Zeitung“ 3100. Buchbinderarbeit 527,70. Gehalt der Bureaubeamten und des Hilfsarbeiters 478. Wohnungsmiete nebst Bedienung 19. Für Stempel 28,17. An Bevolm. Bus in Schwabach übernommene Streitschuld des früheren Metallarbeiter-Fachvereins 500. Agitation 70. Sachliche Ausgaben 21. An den Ausschuß 100. Für Vorstandsausgaben 20,61. Für die Revisionskommission 9. Porto für Protokolle an Scherm 84,05. Wanderunterstützung der Einzelmitglieder 3,25. Porto 0,64. Zuschüsse an die Pablstellen: Arelburg 40. Magdeburg 30. Göttingen 17,135. Weizen Sch. 30. Erfurt Sch. 20. Gotha M. 50. Danzig B. 20. Paganau B.

*) Wegen Stoffandrang bei letzter Nr. zurückgestellt. Red.

20. Helmstedt N. 20. Baden-Baden N. 14. Ebn a. M. B. 100. Bayreuth T. 50. Görlitz B. 50. Gevelberg S. 40. Erfurt Sch. 20. Augsburg B. 100. Regensburg L. 50. Gassen S. 20. Summa 5920,40.

Bilance:
Einnahme 6,532,65
Ausgabe „ 5,820,46
Kassenbestand 712,19.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. 29) und Zentralkranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter „Vulkan“ (G. S. 89).

Mit Rücksicht auf die schlechten Erfahrungen, welche vielfach durch die Aufnahme von Nichtmetallarbeitern gemacht wurden, sehen wir uns genöthigt, die Bestimmung in § 8 Abs. 8 des Statuts strenger zu handhaben, als es bisher der Fall gewesen ist. Nach dieser Bestimmung können Nichtmetallarbeiter nur ausnahmsweise und mit besonderer Genehmigung des Vorstandes für jeden einzelnen Fall beitreten. Die Bevollmächtigten werden deshalb angewiesen, vor dem Beitritt eines Nichtmetallarbeiters die Genehmigung des Vorstandes dazu einzuholen. Die Genehmigung wird fernerhin überhaupt nur erteilt, wenn der Betreffende nicht in einem besonders gesundheitsgefährlichen Berufe beschäftigt ist oder wenn demselben keine Gelegenheit geboten ist, der Krankenkasse seines Berufes am Orte beitreten zu können. Um unnöthige Reklamationen zu vermeiden, ist es notwendig, daß auf den Beitrittscheinen für solche Personen, die zwar Nichtmetallarbeiter, aber in der Metallindustrie beschäftigt sind, dieses genau angegeben wird, z. B. „Hilfsarbeiter in einer Maschinenfabrik“, „Handlanger in einer Gießerei“ u. dergl. Sollte sich später herausstellen, daß unwahre Angaben gemacht wurden, so würde das nicht allein den Ausschluß nach § 5 Abs. 4 b. St. zur Folge haben, sondern in besonders gravirenden Fällen auch strafrechtliche Verfolgung wegen Fälschung einer Privaturskunde nach sich ziehen.

Nach § 18 Absatz 8 des Statuts ist den örtlichen Verwaltungen nur ein Kassenbestand von 50 M. zugestanden, jedoch ist der Vorstand befugt, denselben einen höheren Kassenbestand zu belassen. Durch mehrfache Vorkommnisse sehen wir uns veranlaßt, auf strikte Einhaltung dieser Bestimmung zu dringen. Erfordert die Mitgliederzahl einer örtlichen Verwaltungsstelle einen höheren Kassenbestand, so ist ein diesbezüglicher Antrag an den Vorstand zu stellen und wird dann im Verhältnis zur Mitgliederzahl der höchstzulässige Kassenbestand festgesetzt werden.

Da es noch immer vorkommt, daß Briefe und Postsendungen an einzelne Vorstandsmitglieder abesirt werden, so machen wir wiederholt darauf aufmerksam, daß alle Postsendungen für die „Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. 29)“, „Hamburg, Gr. Drehbahn 8“, und diejenigen für den „Vulkan“ nur unter der Adresse: „Zentralkranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter „Vulkan“ (G. S. 89) Hamburg“, zu senden sind.

Hamburg, 12. Februar.
Mit Gruß!
Der Vorstand.

Vermischtes.

Aus Berlin wird der Rhein.-Westf. Ztg. geschrieben, daß die katholischen Arbeitervereine einer durchgehenden Umgestaltung unterzogen werden sollen. Von der Erkenntnis ausgehend, daß die Sozialdemokratie wesentlich von der Gewerkschaftsbewegung getragen werde, und daß namentlich die Fachvereine die Stützpunkte der sozialdemokratischen Agitation seien, wird beabsichtigt, in den katholischen Arbeitervereinen den Fachvereinsinteressen die größte Aufmerksamkeit zu widmen; in diesem Zusammenhang wird die Bildung von Werkgenossenschaften (Fachsektionen) geplant. Wie weiter mitgeteilt wird, hat der katholische Arbeiterverein in Aachen bereits sechs solcher Werkgenossenschaften eingerichtet (Webber, Spinner, Appreteure, Nadler, Bauarbeiter und Metallarbeiter).

Junger nobel. Großes Aufsehen erregt in Dresden folgendes Vorkommnis: Ein begeisterter Prophet der Junungschwärmer, der Hof-Schmiedemeister und Stadtverordnete Lürke, hatte sich an einer Submissions zur Ausführung von Klebnerarbeiten an der Fürstenschule zu Weipen beteiligt, doch war der Zuschlag nicht ihm, sondern einem seiner Junungsgeossen erteilt worden. Lürke hatte darauf nichts Erlegeres zu thun, als in einem anonymen Schreiben an das Landbanamt die Arbeit seines Kollegen als gänzlich ungenügend zu bezeichnen, ohne sie auch nur gesehen zu haben. Obwohl der Herr Hof-Schmiedemeister

meister anfangs ganz entschieden in Uebereinstimmung mit dem Brief zu haben, nicht, er sich schließlich als Verfasser bekennen. Der erbitterten Zunftgenossen beschloffen nun Mitglied in einer von 150 Mitgliedern besuchten Versammlung, Tüde aus der Klemmer-Sinnung auszustoßen, obwohl dieser sich zu jeder Ehre bereit erklärt hatte.

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. H. W. Dieß Verlag) ist soeben das 20. Heft des 10. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Das Volk in Waffeln. — Gerhart Hauptmann. Von Gustav Landauer. — Das Wahlrecht der Frauen im Auslande. — Die ökonomische Lage der andalusischen Bauern. — Litterarische Rundschau. — Feuilleton: Die Besten, Legende. Eine Aetion von Franz Mehring. (Fortsetzung.)

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, J. H. W. Dieß Verlag) ist uns soeben die Nr. 3 des 2. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Die alte Geschichte vom Spiliter und Balten. — Wirtschaftliche Abhängigkeit und sittliche Widerstandskraft. — Jessa Helfmann. — Arbeiterinnen-Bewegung. — Kleine Nachrichten. — Feuilleton: Weibchen, Erzählung von Minna Kausky (Fortf.). Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 J., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1892 unter Nr. 2564a) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 J.; unter Kreuzband 85 J. Inseratenpreis die zweispaltige Zeile 20 J.

Sozialpolitisches Zentralblatt. Die eben erschienene Nummer 7 hat folgenden Inhalt: Zur Heimstättenfrage. Von Dr. Carl Grünberg. Soziale Wirtschaftspolitik und Wirtschaftskritik. Die russische Wirtschaftspolitik und die Hungersnot. Zu den agrarischen Zuständen in Mexiko. Arbeiterzustände: Ruhezeiten für das Betriebspersonal der preussischen Staatsbahnen. Der Notstand in der ostschweizerischen Sticker. Klagen über die Beholdungslosigkeit. Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung: Zum Programm des deutschen Gewerkschaftskongresses. Von Martin Segis. Organisation der Eisenbahnarbeiter. Kongress der französischen Arbeitervereine. Arbeiterjugendgesetzgebung: Frankfurter Ortsrat über die Sonntagsthe in Handelsgewerbe. Sonntagsthe in Berliner Handelsgewerbe. Arbeiterjugend in Drahtziehereien. Zum deutschen Koalitionsrecht. Eintragungen in Arbeitsbücher nach deutschem Gewerberecht. Schulvorschriften für Arbeiter in Briquetfabriken. Gewerbeinspektion: Gewerbeinspektion in Holland. Arbeiterversicherung: Die Fürsorge für erkrankte Dienstboten. Von J. Silbermann. Zur Reform der deutschen Arbeiterversicherungsgeetze. Der Begriff Unternehmerrgewinn in der Auffassung des Reichsversicherungsamtes. Die Altersversicherung in England. Gewerbegerichte, Einigungsämter und Arbeiterausschüsse: Arbeiterausschüsse bei den preussischen Staatsbahnen. Von Dr. Max Quard. Die Bediensteten der Pariser Omnibusgesellschaft und das Handelsgericht als Schiedsgericht. Geschäftstätigkeit des Stuttgarter Gewerbegerichts. Wohnungsfrage: Regelung des Kost- und Quartiergängerwesens im Regierungsbezirk Rünster. Literatur: Sozialismus, B., Die Fabrikhygiene. (E. Scholtow.) Eingeliegene Schriften.

Lohn- und Arbeiterverhältnisse im deutschen Drechslergewerbe. Eine Zusammenstellung statistischer Aufnahmen vom April 1890 bis April 1891. Herausgegeben von der zentralen statistischen Kommission der Vereinigung der Drechsler und Berufsgenossen Deutschlands, zu Halle a. S. 96 Seiten, Broschürenformat. Preis 50 J. Verlag von Th. Belpart (Fachzeitung für Drechsler) Hamburg-St. Georg, an der Stoppel 79. In dem vorliegenden Buche wird uns in ausführlicher Weise auf Grund eingehender statistischer Erhebungen die Lage der Arbeiter im Drechslergewerbe aus 83 Ortschaften Deutschlands vorgeführt. Die einzelnen Angaben geben uns Aufschluß über die Löhne, Arbeitszeit, Alter, Krankheit, Arbeitslosigkeit der Arbeiter, ob dieselben Soldaten waren, wo die Arbeitsräume, Werkzeuge beschaffen sind u. s. w. Diese Angaben sind aus jeder einzelnen Stadt getrennt aufgeführt, während aus mehreren tabellarischen Zusammenstellungen zum Schluß ein Gesamtbild zu ersehen ist. In einem Nachwort ist dann noch außer einer kurzen Darstellung der Bestrebungen der Organisation eine gedrängte Schilderung des Entstehens und der Entwicklung der zentralisierten Vereinigung der deutschen Drechslerarbeiter gegeben. Wir können die Anschaffung dieses Buches jedem Angehörigen des Drechslergewerbes besonders, sowie auch sonst Jedermann, der sich über die gewerblichen

Verhältnisse im Allgemeinen und die Lage der Arbeiter im Besonderen orientieren will, nur empfehlen, zumal der Preis von 50 J. für den dauernd werthvollen Inhalt als ein sehr geringer bezeichnet werden kann.

Telegramm.

Gießen, 16. Febr. Wegen Maßregelungen Zuzug von Schlossern und Drechern strengstens fern halten!

Briefkasten.

Der Herrns. Anzeigen etc., welche erst am Dienstag Abend eintreffen, können in die Nummer der betreffenden Woche keine Aufnahme mehr finden.

Apolda. Es wäre uns sehr lieb, wenn uns angeben würde, was wir „bläuer“ aus A. bereits in den Papirkorb geworfen haben. Wenn einmal, wie dies kürzlich vorkam, eine Anzeige am Mittwoch Abend eintrifft, so können wir sie nicht mehr hineinbringen, da das Blatt bereits Mittwoch Früh gedruckt wird. — Ferner sei bemerkt, daß Aufforderungen zur Bezahlung von Privat-schulden keine Aufnahme finden.

Treuburg. Vor 14 Tagen erhielten wir keinen Bericht.

Speyer. Die Einsendung ist so umfangreich, daß sie bei so spätem Eintreffen in dieser Nummer nicht mehr Aufnahme finden konnte. Warum nicht wenigstens am Sonntag abgesandt?

Wenigere Einsendungen mußten zurückgestellt werden.

Vereins-Anzeigen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. (Um kürzeste Abfassung aller Anzeigen wird ersucht.)

Altona. Dienstag, 23. Febr., Abends halb 9 Uhr, gemeinschaftliche Mitglieder-versammlung der Sektionen der Klemmer und der Schlosser bei Narjes, Diemenstraße, Altona.

Apolda. Nächste Versammlung findet nicht Sonnabend, sondern Sonntag, 21. Febr., Nachm. 3 Uhr, im Bürgerhaus statt. L. D.: Tageszettel. Vortrag. Verschiedenes. Die Restanten werden aufgefordert, ihren Pflichten nachzukommen. — Aufforderung. Der Dreher Otto Hesse, Buch-Nr. 15281, wird aufgefordert, seinen Pflichten gegen die hiesige Verwaltungsstelle nachzukommen. Der Schlosser Adolf Berterhan, Buch-Nr. 15298, ist unter Mitnahme eines Bibliothekbuchs, und ohne sich abzumelden, von hier abgereist. Die Bevollmächtigten werden gebeten, eventuell dieses Buch abzunehmen, ihn an seine Pflichten zu erinnern und erwähntes Buch an die hiesige Filiale unter der Adresse: H. Meier, Jakobstr. 1, Apolda, einzusenden.

Barmen. Sonntag, 28. Febr., Nachm. 4 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokale des Herrn R. Kühn, Fischerballestr. Die wichtige Tagesordnung wird im Lokal bekannt gemacht.

Chemnitz. Meine Wohnung befindet sich nicht mehr Bismarckstr. 12, sondern 23. Reiseunterstützung wird daselbst Abends von 7—8 Uhr ausgezahlt. Reisende, welche erst spät Abends oder Früh zureisen, können ihre Bücher daselbst niederlegen und werden dieselben, soweit möglich, im Laufe des Tages ausgefertigt. F. Buchschwert.

Dortmund. Sonntag, 21. Februar, Abends 6 Uhr, Versammlung beim Wirth Bathen. L. D.: Vortrag des Kollegen Wiberder: „Die Entstehung des Menschen“. Bericht über die Bibliothek. Fragekasten und Verschiedenes. Die Mitglieder werden ersucht, die entliehenen Bibliothekbücher abzugeben. Mitglieder, welche bis Ende Januar ihre Beiträge gezahlt, können gegen Vorzeigung ihres Mitgliedsbuches täglich die Karten zum Maskenball beim Wirth Hönnh und Wirth Meier-Gebert in Empfang nehmen.

Essen. Sonntag, 21. Febr., Nachmittags 5 Uhr, Versammlung im Saale der Ww. Krah, Steelerstraße, großer Saal. Tagesordnung in der Versammlung.

Göppingen. Samstag, 20. Februar, Abends 8 Uhr, Versammlung (Lokal Hirsch). — Bei günstiger Witterung Ausflug nach Jandenhäusern, Sammlung halb 2 Uhr bei Göhse. Ungünstig, 3 Uhr Glocke.

Hilfrow. Sonntag, 21. Febr., Nachm. 4 Uhr, Mitgliederversammlung. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Hamburg. (Sektion der Klemmer und verw. Berufsgeu.) Sonntag, 21. Februar, Nachm. 2 Uhr, außerordentliche Versammlung bei Wöhlke, Valentinstamp 41, oberer Saal. L. D.: Abrechnung. Stichwahl. Wahl der Kandidaten zum Gewerbegericht. — Wir machen darauf aufmerksam, daß die Kongress-märkte umgehend zu lösen ist. — NB. Wir bitten sämtliche über 4 Wochen ruhende Beiträge an eine der folgenden Zahlstellen einzuzahlen:

Für Barnbeck 2c. bei D. Bencke, Defensstr. 22, Hinterhaus 1. Etage. Für Hohenfelde, Wogel-seide 2c. bei H. Brilgmann, Baustraße 25, Haus 82 part. Für den Hammerbrook 2c.: H. Dohs, Grilberdeich 69, 2. Et. Für St. Pauli: S. Hauschild, Marktstr. 111. Haus 24, 3. Et. Für Eimsbüttel: S. Mölcke, Marthastr. 87, 3. Et., und im Bureau der Sektion Schuppensteil 22, II. Zu Obigem machen wir noch besonders auf § 3 des Verbandsstatuts aufmerksam.

Hannover. Montag, 22. Febr., Abends halb 9 Uhr, im großen Ballsaale, Mitglieder-versammlung. L. D.: Vortrag. Referent: Herr Weirich. Bericht und Neuwahl des 1. Bevollmächtigten. Arbeitslosenunterstützung. Verschiedenes und Fragekasten. — Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Höchst a. M. Aufforderung. Ich ersuche den Gürtler Heinrich Schmiedhuber, seinen Verpflichtungen betreffs S. L. B. der hiesigen Verwaltungsstelle nachzukommen. S. A.: Wilhelm Beyendecker, Bevollmächtigter.

Jena. Den reisenden Kollegen zur Nachricht, daß unser Verbandslokal sich nicht mehr im „Goldenen Engel“, sondern im Restaurant Elebogi, am Markt, befindet. Gleichzeitg machen wir darauf aufmerksam, daß im „Saalschlöschchen“ alle Fachblätter der hier bestehenden Gewerkschaften anliegen.

Kiel. (Allgem.) In der letzten Mitglieder-versammlung wurde beschlossen, die Versammlungen in Zukunft am Mittwoch abzuhalten, und findet demnach die nächste Versammlung am Mittwoch, den 24. Febr., Abends 8 Uhr, im Vereinslokal, statt.

Küderscheid. Sonntag, 21. Februar, Nachm. 4 Uhr, im Verbandslokal bei Schmalc, Versammlung. L. D.: Zahlung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. Bestimmung des Wahlergebnisses bezüglich des Delegierten nach Halberstadt. Vorschlag verschiedener Verbandsmitglieder nach § 2 Abs. c und § 6 des Statuts Verschiedenes. Die rückständigen Mitglieder werden auf § 3 aufmerksam gemacht.

Magdeburg. Sonnabend, 20. Febr., Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-versammlung bei Hoge, Braunehrstr. 3. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Alle mit dem Beitrag rückständigen Mitglieder werden hierdurch aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen und verweisen wir dieselben auf § 3 des Verbandsstatuts. Die Fremden sind verpflichtet, nur auf unserer Herberge zu verkehren (Braunehrstr. 3, bei Hoge), woselbst auch die Reiseunterstützung an Wochentagen von 1/2—9 Uhr, Sonntags von Mittags 1/2—2 Uhr ausbezahlt wird.

München. (Sektion der Roth- und Glockengießer.) In der am 31. Januar stattgefundenen Mitglieder-Versammlung wurden folgende Kollegen gewählt: Peter Goemmel, Bevollmächtigter, Wölkernstr. 32, Benezitt Macher, Kassier, Quertstraße 3, als Nebstören Schaller, Beiträger, Dümmler. — Sonntag, 21. Februar, Nachmitt. 4 Uhr, Vorschlag in das goldene Saal, Launingsgasse. 28. Februar, Restauration Stadelmann, Deckschlagergasse.

München. (Sektion der Metallbrüder.) Samstag, 20. Febr., Maskenkränzchen im Prater-saale, wozu die Mitglieder und deren Freunde freundlichst eingeladen sind. — Sonntag, 21. Febr., Vorschlag: Restauration Setz, Hochstraße.

München. (Sektion der Heizer 2c.) Samstag, 20. Febr., im Lokal. Sonntag, 21. Febr., Nachmittags, Fiebelmann'sche Wirtschaft, Tafelfeldstraße.

München. (Sektion der Heizerindustrie.) Sonntag, 21. Febr., Vorschlag in die Wirtschaft zum „Laud Tirol“, Böhmer Kirchhofstraße. Montag, Abends 7 Uhr, Verwaltungssitzung.

München. (Sektion der Schmiede.) Sonntag, 28. Februar, Nachmittags 4 Uhr, Vorschlag in die Wirtschaft zum Schützen, Brunnengäßchen. Fastnachtdinstag Nachmittags im Vereinslokal. Samstag, 20. Febr., Versammlung.

München. (Sektion der Flaschner u. Arb. d. Metallindustrie.) Sonntag, 21. Febr., Vorschlag im Restaurant „Wilhelm Tell“, mittlere Kanalstraße, Gostenhof. Samstag, 27. Febr., Abends 8 Uhr, großer maskierter Familienabend mit Tanz im neuerbauten Saale des Restaurants Wilhelm Tell. Kollegen, Kolleginnen mit ihren Bekannten, Freunden und Familienangehörigen werden ersucht, sich zahlreich zu beteiligen. Auch die noch fernstehenden Kollegen und Kolleginnen sind hierzu freundlichst eingeladen.

München. (Sektion d. Eisenindustrie.) Sonntag, 28. Februar, Nachmittags 3 Uhr, Mitglieder-versammlung in den „Drei Königen“. Die Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben.

Offenbach. (Allg.) Montag, 22. Febr., Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal zur „Stadt Heidelberg“. L. D.: Vortrag über die Elektrizität und ihre Verwendung in der Produktion. Gleichzeitig werden die reisenden

Kollegen ersucht, ihren Verpflichtungen nachzukommen, andererseits nach § 3 Absatz a verfahren wird. Den reisenden Kollegen zur Nachricht, daß sich der Verbandslokal befindet und jeden Abend daselbst von 7—8 Uhr Unterstützung ausbezahlt wird.

Oberkirch (Bad n). Sonntag, 21. Febr., Nachm. 2 Uhr, Mitglieder-Versammlung im bekannten Lokal. Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben. Sämtliche Mitgliedsbücher sind wegen wichtiger Angelegenheit zur Revision erforderlich. Die Restanten werden auf § 3 aufmerksam gemacht.

Siegen. Samstag, 20. Febr., Abends 8 Uhr, Mitglieder-versammlung bei Herrn Hundt, Sieghütte. L. D.: Vortrag. Verschiedenes.

Schnitzing Dors. Sonntag, 28. Febr., Vormittags 10 Uhr, bei Spiegel in Maaßenhof, außerordentliche Mitglieder-Versammlung. L. D.: Aufnahme neuer Mitglieder. Vortrag. Wahl der Gesamtverwaltung. Verschiedenes.

Wetzlar. Sonntag, 21. Febr., Nachm. 6 Uhr, Mitglieder-versammlung im Vereinslokal bei Ww. Kotterscheid, Meustr.

Wörlin u. Ung. (Metallarbeiterverein.) Sonnabend, 27. Febr., Versammlung im Vereinslokal. Wir ersuchen die Mitglieder, doch zahlreicher zu erscheinen, sonst ist unser Schaffen und Streben umsonst. Zu was die Organisation, wenn sich Niemand daran beteiligt?

Hamburg. Sonntag, 21. Februar, von Nachmittags 3 Uhr an, bei Wöhlke, Valentinstamp, oberer Saal, öffentliche Versammlung der Klemmer und Mechaniker, Metallbrüder, Zinngießer, Drahtflechter und Kupferschmiede Hamburgs. L. D.: Vortrag. Aufstellung ebentl. Wahl eines Kandidaten zum Gewerbegericht.

Anzeigen.

In zweiter Auflage ist soeben erschienen: Herrn Eugen Richter's Bilder aus der Gegenwart. Von Franz Mehring. Mit einem Nachwort des Verfassers zur neuen Auflage. Preis 30 Pfennige. Für Vereine und zur Massenverbreitung billiger Bezugspreis nach besonderer Vereinbarung. Nürnberg. Wörlin & Comp.

Dichtungsmarten und Hautschukstempelfabrik von Konrad Müller, Carl und Leipzig. empfiehlt sich den Arbeiter-Vereinen, Krankenkassen etc. Ausführung sauber und schnell. Preislisten gratis u. franco. 9tändige Anzeigenszeit.

Poliermeister, der bereits in größeren Fertigungs-fabriken die Poliererei geleitet und mit allen vorkommenden Arbeiten vertraut ist, gesucht. Off. mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen befördert die Exped. d. Zeitung unter A 1.

Duach G. Slomke, Volkshandlung, Bielefeld ist zu beziehen: Das Schlofferbuch von Prof. Krauth und Meyer. Dieses Werk hat 284 Seiten Text, enthält auf 100 großen Tafeln 310 Abbildungen und gibt in allen technischen Fragen der gesamten Schlosserei Auskunft. Preis in 2 Bänden geb. M. 21.50. Kann auch nach und nach in 9 Hefen à 2 M. bezogen werden. Außerdem halte ich großes Lager von allen Lehrbüchern der gesamten Metall-industrie, worauf ich ganz besonders die bitte. Vereinstorhände aufmerksam mache und bitte ich zur gef. Auswahl meine ausführlichen Kataloge gratis und franco zu versenden.

Dem Kollegen Johann Bänder ruhe wir bei seiner Abreise von Bielefeld ein herzliches Adieu! zu; möge derselbe auch ferner für den Verband wirken, wie er es hier am Orte gethan hat. Die Verwaltungsstelle Bielefeld.